Hochschule Bremen
Fakultät 3
Studiengang Soziale Arbeit B.A.

Der Wandel der Sozialen Arbeit im aktivierenden Sozialstaat

Bachelor-Thesis

Referent: Prof. Dr. Heinz Lynen von Berg

Korreferentin: Dr. phil. Antje Krueger

Eingereicht von: Daniel Telkmann
Rasingstr.42
28201 Bremen

dtelkmann@stud.hs-bremen.de

Matrikelnummer: 337050

Eingereicht am: 20. Januar 2015

Abstract

Meine Bachelorthesis befasst sich mit dem Thema „Der Wandel der Sozialen Arbeit im aktivierenden Sozialstaat“. Eingangs wird die Transformation vom fürsorglichen zum aktivierenden Sozialstaat erörtert, die sich im Wesentlichen innerhalb der letzten drei Jahrzehnte vollzogen hat, und die, wie sich herausstellt, nicht spurlos an der Sozialen Arbeit vorbeigegangen ist. Der Übergang wird begleitet von einem stets flexibler agierenden Kapitalismus, der die Gesellschaft vor immer komplexeren Aufgaben stellt. Vor diesem Hintergrund bietet sich das Paradigma der Lebensbewältigung nach Böhnisch und Schefold als Bezugswissen für die Soziale Arbeit an, welches auch einen reflexiven und kritischen Umgang mit einer aktivierungspolitischen Vereinnahmung ermöglicht.

Inhaltsverzeichnis

Kapitel	*Seite*
1) Einleitung	03
2) Die Transformation vom fürsorglichen zum aktivierenden Sozialstaat	05
3) Das Paradigma der Lebensbewältigung nach Böhnisch und Schefold	22
4) Soziale Arbeit und ihr neues Selbstverständnis im aktivierenden Sozialstaat	28
5) Fazit	39
6) Quellenverzeichnis	41

1) Einleitung

In der vorliegenden Bachelorthesis möchte ich mich mit dem Thema „Der Wandel der Sozialen Arbeit im aktivierenden Sozialstaat“ auseinandersetzen. Grundsätzlich geht es mir darum in Erfahrung zu bringen und abzuwägen, in wie weit sich Soziale Arbeit durch eine veränderte, aktivierungspolitische Ausrichtung, also im Leitbild einer Modernisierung von Staat und Verwaltung, neu ausgerichtet hat.

Während meiner Ausarbeitung „feierte“ eine wesentliche Komponente deutscher Aktivierungspolitik ihr zehnjähriges Bestehen. Die Hartz-Reformen sind nach wie vor eine Kontroverse, und stehen sinnbildlich für die sozialpolitische Forderung, AdressatenInnen sozialer Transferleistungen durch „Fördern und Fordern“ aus ihrer vermeintlichen Lethargie zu befreien, und sie zu aktiven Subjekten ihrer Lebensführung zu befähigen.
Sie sind Bestandteil eines langwierigen Prozesses, den es im zweiten Kapitel aufzurollen gilt. Zunächst werde ich dort einleitend auf die Neustrukturierung des Wohlfahrtsstaates der zurückliegenden drei Jahrzehnte eingehen, die auch im unmittelbaren Zusammenhang mit einem immer flexibler agierenden Kapitalismus steht. Erste Impulse kamen entsprechend aus Großbritannien und den USA, und sorgten etwas später auch in der Bundesrepublik für eine Weichenstellung in der Sozialpolitik, die sich einerseits durch eine Umdeutung von privaten und öffentlichen Verantwortlichkeiten kennzeichnet, und anderseits vehement die gesellschaftliche Produktivitäts- und Leistungserwartung betont.

Im darauf folgenden Abschnitt werfe ich einen Blick auf das Paradigma der Lebensbewältigung nach Lothar Böhnisch und Werner Schefold. Als Bezugswissen für die Soziale Arbeit ist es unverzichtbar, weil es Sozialisation und Sozialpolitik in direkter Verbindung sieht. Es hilft zu verstehen, warum es problematisch ist, auf unbegrenzte Selbsthilfekräfte von Individuen zu hoffen. Ihr Paradigma bleibt, und anders als in der aktivierenden Sozialpolitik, nicht an persönlichen Schuldzuweisungen verhaftet.

Es ermöglicht auch einen Standpunkt, von dem sich eine Kritik an einer repressiven Aktivierung präziser formulieren lässt. Dies führt zum vorletzten Bestandteil meiner Thesis. Denn dort werde ich aufzeigen, in wie weit aktivierungspolitische Vorgaben in der Sozialen Arbeit zu beobachten sind, welche Legitimation sie von ihren BefürworterInnen erhalten und was die Gegenposition daran kritisiert beziehungsweise welche Mittel und Wege sie dagegenhält.

Im abschließenden Kapitel fasse ich die zurückliegenden Ausführungen kurz zusammen, und beziehe Stellung zu den Kernaussagen meiner Erläuterungen.

2) Die Transformation vom fürsorglichen zum aktivierenden Sozialstaat

Wenn von den Wendepunkten der wohlfahrtsgesellschaftlichen Entwicklung der "westlichen Welt" die Rede ist, werden häufig die beiden Ölkrisen der 1970er Jahre genannt.[1] Man könnte sie besser als zeitlichen Orientierungsrahmen begreifen. Denn die einschneidenden ökonomischen, politischen und kulturellen Verschiebungen jener Zeit haben aber viele Erklärungsansätze, wie Stephan Lessenich darlegt.[2] Zwei davon - die Entfesselung des Finanzkapitalismus zum einen und dem zeitgleichen Aufstieg individualistischer Wert- und Lebensführungsmuster zum anderen - werden im Folgenden näher betrachtet.

Die Übernahmen der Regierungsgeschicke durch Margaret Thatcher in Großbritannien im Jahre 1979 und Ronald Reagan in den Vereinigten Staaten zwei Jahre später markieren zweifellos eine bedeutende Schnittstelle.[3] Sie bestimmen auf politischer Ebene den Bruch mit dem bis dato traditionellem Verständnis der keynesianischen Marktwirtschaft, jenem Modell, das in den Nachkriegsjahren die wirtschaftspolitische Grundlage moderner Wohlfahrtsstaaten gewesen, und in Deutschland sogar im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verankert war.[4] Fortan dominiert mit dem Monetarismus eine neue volkswirtschaftliche Lehrauffassung, die der schwächelnden Prosperität Einhalt gebieten sollte. Das vom nordamerikanischen Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Milton Friedman entwickelte Konzept lehnt staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, wie zum Beispiel antizyklische Maßnahmen der Wirtschaftspolitik zur Steuerung der Konjunktur, wie vom Keynesianismus verlangt, grundsätzlich ab. Es galt seither vereinfacht die Formel: je weniger der Staat sich in wirtschaftliche Belange einmischt, desto besser.[5] So lassen sich Positionen festmachen, wie die von Robert Kurz, die in der Erfüllung der monetaristischen Doktrin und unter den Schlagwörtern der Deregulierung und Privatisierung eine Abdankung des Keynsianischen Regulations- und Wohlfahrtsstaates beobachten.[6] Oder präziser formuliert: Der fürsorgliche Wohlfahrtsstaat alter Prägung macht einem neuen Typus des kapitalistischen

[1] vgl. Lessenich: 2008, S.16, Schimank: 2012
[2] vgl. Lessensich: 2008, S.16
[3] vgl. Bröckling: 2007, S.53
[4] vgl. Schubert / Klein: 2011
[5] vgl. Duden Wirtschaft A bis Z: 2013
[6] vgl. Kurz: 2009: S.682f.

Staates, dem „nationalen Wettbewerbsstaat“, Platz, wie Joachim Hirsch etwas differenzierter darlegt.[7] Die staatliche Politik bemüht sich, gemäß seinen Schilderungen, einem weltweit immer flexibler agierenden Kapital in Konkurrenz mit anderen Staaten günstige Verwertungsvoraussetzungen zu ermöglichen.[8] Mit anderen Worten, der Staat soll fit gemacht werden für den internationalen Wettbewerb. Ganz entscheidend in diesem Zusammenhang ist der Umstand, wonach die neoliberale Konzeption unter konjunkturschwachen Bedingungen auf eine Entfesselung der Marktkräfte als Mittel einer neuen Expansion des Kapitals setzt.[9] Sie fordert insoweit einen „ *intensivierten, freilich im Kern nicht mehr sozialpolitisch orientierten Staatsinterventionismus durchaus ein. Sie baut auf die Aktivität von Staaten, deren Stärke in der Fähigkeit zur Mobilisierung umfassender gesellschaftlicher Potentiale für den Konkurrenzkampf multinationaler Konzerne liegt.“*[10] Daran anschließend erklärt sich Lessenichs These, wonach der Staat, anstatt seines Rückzugs, lediglich die Logik und Gestalt seiner Eingriffe ändert.[11] Vor dem Hintergrund dieser ökonomischen Veränderungsprozesse gedeiht der aktivierende Sozialstaat, der sich von seinen Vorgängermodellen gerade in elementaren Fragen sozialer Schutzmaßnahmen unterscheidet. So gehörten Sicherheit und der Stetigkeit in den Anfängen des Sozialstaats, auf dem die Entwicklung des modernen Staates aufbaute, zu seinen zentralen Aufgabenbereichen, wie Zygmunt Bauman mit einem Blick in die Historie zu belegen versucht.[12] So wurden beispielsweise wirtschaftliche Schicksalsschläge, die den Einzelnen in Form von Arbeitslosigkeit, krankheits- oder altersbedingter Arbeitsunfähigkeit trafen, insbesondere in der vom Fordismus geprägten Ära durch entsprechende Versicherungstechnologien abgefedert.[13] Der neue aktivierende Regierungsmodus aber tendiert von der öffentlichen zur privaten Sicherheit, vom kollektiven zum individuellen Risikomanagement, von der Sozialversicherung zur Eigenverantwortung und von der Staatsversorgung zur Selbstsorge, wie Lessenich subsumiert.[14] Diese neue sozialpolitische Richtungsvorgabe bekommt in einer der prominentesten Fußnoten Thatchers einen

[7] vgl. Hirsch: 1996, S.7f.
[8] vgl. Hirsch: 1996, S.103
[9] vgl. Hirsch: 1996, S.107
[10] Hirsch: 1996, S.107f.
[11] vgl. Lessenich: 2008, S.14f.
[12] vgl. Bauman: 2008, S.90ff.
[13] vgl. Schimank: 2012
[14] vgl. Lessenich: 2008, S.82

anschaulichen Charakter:

"'I have a problem, it is the Government's job to cope with it!' or ‚I have a problem, I will go and get a grant to cope with it!' ‚I am homeless, the Government must house me!' and so they are casting their problems on society and who is society? There is no such thing!"[15]

In diesem Interview mit der Zeitschrift „Woman´s Own" aus dem Jahre 1987 revidiert sie das Prinzip von Verantwortlichkeit. Menschen, die sozialstaatliche Hilfeleistungen in Anspruch nehmen, müssten ferner begreifen, dass ihr Leben auch unweigerlich mit Pflichten verbunden, ein *„reciprocal business"*[16] sei. Die kollektive Verantwortung für das Gemeinwohl wird demzufolge als Ausdruck des abzuschaffenden Wohlfahrtsstaats denunziert, die Fürsorge für andere als Beitrag von Abhängigkeit und Unselbständigkeit.[17] Das Gegenleistungsprinzip soll das Anspruchsdenken beseitigen, das darauf beruht, dass die Unterstützung von selbst erfolgt, sobald die Empfänger zur Kategorie der Berechtigten gehören, wie Robert Castel ergänzt.[18]

Die individuelle Selbstverantwortung erhob sich als oberste Priorität in politischen Agenda Thatchers, und mit diesem Gebot und Reagans Appell „unternehmerisch zu handeln" legitimierten beide (und nachfolgend weitere Staatsoberhäupter) den Abbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme, merkt Ulrich Bröckling diesbezüglich an.[19]

Der Staat müsse sich verantwortlich zeigen, die von ihm gesetzten Rahmenbedingungen so zu entwerfen, dass sie Eigeninitiative und -verantwortung stärken und damit den Übergang zur unternehmerischen Gesellschaft vorantreiben, heißt es analog und etwas zeitverzögert dazu in Deutschland im dritten Bericht der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen.[20]

„Große Teile der Bevölkerung Deutschlands spüren bislang jedoch kaum Druck, der zu Veränderungen zwingt. Sie genießen einen im historischen und internationalen Vergleich fast einzigartigen materiellen Wohlstand gepaart mit sozialem Frieden, einem hohen Maß innerer und äußerer Sicherheit, viel Freizeit u. a. m. Dass dieses Gebäude wie ein Kartenhaus zusammenfallen kann, ist für die meisten eine eher

[15] Margaret Thatcher: 1987
[16] Margaret Thatcher: 1987
[17] vgl. Bauman: 2010: S.140
[18] vgl. Castel: 2011, S.176
[19] vgl. Bröckling: 2007, S.53
[20] Bericht der Kommission für Zukunftsfragen: 1997, S.36

abstrakte Vorstellung."[21] Und dennoch wird sie als mögliche Drohkulisse heraufbeschworen. Damit ist der Bericht als solcher schon Bestandteil eines Kraftfelds, das er selber erzeugen möchte.[22] Die Mitwirkenden der Kommission fordern auf mit alten Gewohnheiten zu brechen und flexibel zu sein, um im Zeitalter der Globalisierung nicht abgehängt zu werden, denn *„das, was sich in der Vergangenheit bewährt hat, [muss] keineswegs für die Zukunft taugen."*[23].
Sie glauben, durch das Übermaß staatlicher Vorsorge und Versorgung haben viele Menschen schlicht verlernt, ihre Kräfte zu mobilisieren. Ferner ist man der Auffassung, dass mit der Zunahme an unternehmerischer Betätigung und Verantwortung zu einem Weniger an Sozialstaat führt. Darauf folgend heißt es etwas beschwichtigend, dass dieses Weniger an Sozialstaat keineswegs nur Verlust, sondern im selben Augenblick auch Gewinn für den Einzelnen und die Gesellschaft sein kann.[24] Das Leitbild der Zukunft, so postuliert die Kommission passend im ökonomischen Fachjargon, ist das Individuum als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge.[25] Robert Kurz hat nicht ganz Unrecht, wenn er hier im *„akademischen Plauderton"*[26] der Kommission das Verschwinden des Solidaritätsprinzips erkennt.[27] Neben der allgemeinen Paradoxie, sich selbst als Angestellter gegenüber zu stehen, um *„unternehmerische Verhaltenszwänge"*[28] durchzusetzen, offenbart der Bericht weiter eine tendenziell technokratische Wertauffassung, in der gar private Angelegenheiten zu betriebswirtschaftlichen Variablen geraten: *„Darüber hinaus werden der Bevölkerung Anreize genommen, zu sparen und zu investieren, Kinder großzuziehen und Arbeitsplätze zu schaffen, zu forschen und sich in Selbsthilfegruppen zu engagieren, kurz: sich in des Begriffes umfassender Bedeutung unternehmerisch zu betätigen."*[29]

Die ökonomische Mobilisierung der Subjekte geht Hand in Hand mit der Genese einer neuen politischen Strategie, nach der Forderungen unternehmerischen Handelns einen erheblichen Bedeutungszuwachs bekommen.

---

[21] Bericht der Kommission für Zukunftsfragen: 1997, S.39
[22] vgl. Bröckling: 2007, S.8
[23] Bericht der Kommission für Zukunftsfragen: 1997, S.39 bzw. vgl. S.43
[24] vgl. Bericht der Kommission für Zukunftsfragen: 1997, S.38
[25] vgl. Bericht der Kommission für Zukunftsfragen: 1997, S.36
[26] Kurz: 2009, S.700
[27] vgl. Kurz: 2009, S.700f.
[28] vgl. Kurz: 2009, S.701
[29] Bericht der Kommission für Zukunftsfragen: 1997, S.38

Die Situation, wonach Individuen heute in einem nicht unerheblichen Anteil von Lebensbezügen als UnternehmerInnen ihrer selbst adressiert werden und sich auch so verhalten, lässt zugleich Rückschlüsse darauf ziehen, dass ebendiese Lebensbezüge verstärkt durch Marktmechanismen reguliert werden beziehungsweise reguliert werden sollten. Dass das unternehmerisch handelnde Selbst zur hegemonialen Subjektivierungsform aufsteigen konnte, ist nur insoweit möglich, als dass der Markt als bevorrechtigter Raum gesellschaftlicher Integration betrachtet beziehungsweise als solcher auch artikuliert wird.[30] Dadurch scheint nicht mehr die Ökonomie länger als ein Instrument im Dienste der Gesellschaft zu sein, sondern umgekehrt, die Gesellschaft und ihre politischen Apparate sollen den Imperativen der Ökonomie gehorchen.[31] Der Markt ist gewissermaßen wie ein unaufhörliches ökonomisches Tribunal, vor dem sich alle zu verantworten haben, um es mit den treffenden Worten Michel Foucaults zu sagen.[32] *„Man kann über alles reden – unter der entscheidenden Voraussetzung, dass sich diese Verhandlungen allein auf dem Boden von Kosten-Nutzen-Kalkülen bewegen“*[33], beschreibt Thomas Lemke in Anlehnung an Foucaults Dispositv.

Um auf Thatcher zurückzukommen, nur wer tätige Selbsthilfe, private Vorsorge, eigeninitiative Prävention und andere Varianten der Aktivierung von Eigenverantwortung praktiziert, signalisiert zugleich persönliche Autonomie und handelt gesellschaftlich betrachtet sozial verantwortlich im Kontext wirtschaftlicher Rationalität. Umgekehrt kann jeder Akt unterlassener Eigenhilfe der Individuen als nicht nur irrationales, sondern zudem noch unmoralisches, sogar asoziales Verhalten gedeutet werden. Fehlende Aktivitätsbereitschaft erweckt äußerstenfalls den Eindruck individueller Unfähigkeit oder persönlichen Unwillens.[34] Mit der Aktivierung sozial verantwortlicher Eigenanstrengungen der Individuen etabliert sich ein neues sozialstaatliches Relationierungsmuster, das die Subjekte gleichsam ohne Unterbrechung mit sich selbst und mit dem Gemeinwohl in Beziehung setzt.[35]

Der in den fortgeschrittenen Wohlfahrtsstaaten avisierte beziehungsweise vollzogene Wandel zur aktivierenden Sozialpolitik ist im Wesentlichen eine Neujustierung von privaten und öffentlichen Verantwortlichkeiten, eine Umdeutung von Bürgerrechten

[30] vgl. Bröckling: 2007, S.76
[31] vgl. Thibaud, zit. in: Bröckling: 2007, S.52
[32] vgl. Foucault: 2006, S.342
[33] Lemke:1997: 254
[34] vgl. Lessenich: 2008, S.83
[35] vgl. Lessenich: 2008, S.85

und -pflichten und die Betonung auf gesellschaftliche Produktivitäts- und Leistungserwartungen, resümiert Lessenich.[36]

Einem breiten Publikum ist diese neue politische Ordnung des Sozialen bislang auffällig geworden auf dem Feld der Arbeitsmarktpolitik.[37] Weiterhin ist die angloamerikanische Diskussion um die Umgestaltung des Wohlfahrtsstaates in einer Vorreiterrolle.[38] Um das *„schreckliche Paradoxon der Abhängigkeitskultur“* [39] beziehungsweise die *„rentenähnliche Daueralimentierung“*[40] zu vermeiden, entstanden unter der Regentschaft des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton Programme wie „Welfare to work“ oder kurz: „Workfare“.[41] Ein „aufgeklärtes“ Verständnis davon, stellt Matthias Schulze-Böing klar, beruhe auf dem Prinzip der Fairness, nicht auf dem der Repression, und meint damit ein Gleichgewicht von „Fördern und Fordern“.[42] Diese „lebensweltlich“ angelegten Veränderungsmaßnahmen versuchen im Kern die massenhafte Passivierung von menschlichem Potential entgegenzuwirken. Die Zielvorgabe lautet seiner Einschätzung nach, die motivationalen Grundlagen für eine flexible, leistungsbereite Arbeitspersönlichkeit zu aktivieren.[43] Es sei die unabdingbare Aufgabe des Wohlfahrtsstaates, nicht die umstandslose Sicherung von sozialen Leistungen zu bewerkstelligen, sondern die Herstellung von Arbeitsbereitschaft, Arbeitsfähigkeit und Arbeitsgelegenheit.[44]

So ist es auch kein Zufall, dass die Clinton-Administration ihre größten sozialpolitischen Erfolge mit dem Verweis auf die drastisch gesunkene Zahl der SozialhilfeempfängerInnen reklamiert. Ab 1993 wurden sie binnen sechs Jahren halbiert. Insofern kann dies durchaus als bahnbrechender Erfolg angesehen werden, denn ein Großteil davon ist tatsächlich auf die Aufnahme von Arbeitsverhältnissen zurückzuführen.[45] Das ganze hat aber auch eine Kehrseite, denn kritische Stimmen

[36] vgl. Lessenich: 2008, S.16f.
[37] vgl. Lessenich: 2008, S.85
[38] vgl. Schulze-Böing: 2000, S.55
[39] Thatcher, 1995, S.648
[40] Schulze-Böing: 2000, S.53
[41] vgl. Kurz: 2009, S.707
[42] vgl. Schulze-Böing: 2000, S.55
[43] vgl. Schulze-Böing: 2000, S.54
[44] vgl. Schulze-Böing: 2000, S.55
[45] vgl. Schreyer: 2002, S.6

sehen darin vor allem den massiven Ausbau des Niedriglohnsektors:
"We took people who used to be the welfare poor, and now they are the working poor"[46] bringt es der Ökonom Jeffrey Grogger von der University of Chicago auf den Punkt. Auf diese Art entstand eine für Staat und Unternehmen praktische Symbiose: Konzernen stehen massenhaft Billigarbeitskräfte zur Verfügung, und das Sozialamt schraubt die Fallzahlen runter. Den von Erwerbsarmut Betroffenen hingegen, so bilanziert das unabhängige Washingtoner Urban Institute, ist es trotz 40-Stunden-Woche kaum noch möglich, einen angemessenen Lebensunterhalt zu bestreiten.[47]
Prinzipiell wird seit Clintons Reformanstrengungen der Druck erhöht, sich sozusagen auf Biegen und Brechen um Arbeit zu bemühen. So wird die Sozialhilfe nach zwei Jahren ersatzlos gestrichen und es gibt sie nur noch maximal fünf Jahre im Verlauf eines ganzen Lebens, ungeachtet aller wirtschaftlichen Konjunkturlagen oder persönlichen Voraussetzungen, wie Kurz bekräftigt.[48] Aus dieser Betrachtungsweise fungiert „Workfare" gewissermaßen als Blaupause für eine Verschärfung der Sozialgesetzgebung sowie einer unabwendbaren Arbeitsaufforderung für Bedürftige.[49]
Clintons sozialpolitischer Kurs "Welfare to work" harmoniert reibungsfrei mit der britischen Variante von „New Labour" um Premier Tony Blair und in Anlehnung an Anthony Giddens postulierten „Dritten Weg". Giddens ist davon überzeugt, dass der Sozialstaat, so wie er im ausgehenden 20. Jahrhunderts konstituiert war, nicht überlebensfähig ist.[50] Daher lobt er auch Blairs Bruch mit „Old Labour", der britischen Sozialdemokratie vergangener Tage, die seit den achtziger Jahren an politische Wirksamkeit eingebüßt hat.[51]
Soziale Gerechtigkeit nennt Giddens als das Hauptanliegen der Politik des dritten Weges. Ihr zentrales Motto dabei ist, dass es keine Rechte ohne Pflichten geben darf, womit er schon mal geistig auf einer Wellenlänge von Thatcher liegt:
„Die Sozialdemokratie alten Stils neigte [...] dazu, Rechte als unbedingte Ansprüche zu behandeln. Mit der zunehmenden Individualisierung sollte eine Zunahme der Verpflichtungen des einzelnen einhergehen. Die Arbeitslosenunterstützung sollte beispielsweise an die Verpflichtung zu aktiver Arbeitssuche gekoppelt sein; Aufgabe

[46] Grogger, zit. in: Pear / Eckholm: 2006, S.1
[47] vgl. Schießl: 1999, S.234f.
[48] vgl. Kurz: 2009, S.706
[49] vgl. Stumberger: 2009
[50] vgl. Giddens:1997, S.236,
[51] vgl. Giddens: 1999, S.8, 62

des Staates ist es, darauf zu achten, dass die Sozialsysteme die Motivation für eine solche Suche nicht dämpfen. Als ethisches Prinzip muss ‚keine Rechte ohne Verpflichtungen' nicht nur für Empfänger staatlicher Leistungen, sondern für jedermann gelten."[52]

Damit beschreibt Giddens nicht nur das Grundwesen des aktivierenden Sozialstaats als politische Vorgabe, sondern sogar als universales ethisches Prinzip. Nur so ist zu begreifen, wie der aktivierende Sozialstaat in sämtliche sozialdemokratische Parteiprogramme des Kontinents, darunter alsbald auch Deutschland, Einzug halten konnte. Der Vollständigkeit halber sei noch angefügt, dass es unter jenen Staaten im transatlantischen als auch innereuropäischen Vergleich feine Abstufungen im Bereich wohlfahrtsstaatlicher Mechanismen gegeben hat und weiter gibt.[53] Giddens betont und besänftigt gleichermaßen, dass insbesondere sozialstaatliche Ausgaben auf europäischem statt amerikanischem Niveau bleiben sollen, aber dann so weit wie möglich in eine Investition in Humankapital fließen.[54]

Giddens Vision des Staates als Sozialinvestor und -motivator hat auch im Schröder-Blair-Papier kurz vor der Jahrtausendwende deutliche Spuren hinterlassen. Beide Regierungschefs legen dort großen Wert darauf, wettbewerbsfähige, flexible und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen.[55] Auch hier besteht die *„wichtigste Aufgabe der Modernisierung darin, in Humankapital zu investieren."*[56] Die hier zugrunde liegende marktzentrierte Argumentation der Aktivierungsbefürworter verdeutlicht demgemäß auch eine Kategorisierung des Menschen als „Investitionsgut" - quasi als gesellschaftliche Gewinnversprechung in die Zukunft. Die Erneuerungsrhetorik der Europäischen Sozialdemokraten lässt aber auch durchblicken, dass sich der Sozialstaat dadurch im Gegenzug von einigen bestimmten Verantwortlichkeiten lösen möchte:

„Der Staat soll nicht rudern, sondern steuern, weniger kontrollieren als herausfordern."[57] Bezogen auf die Arbeitsmarktpolitik heißt das, dass der Staat also die Beschäftigung aktiv fördern und nicht nur passiver Versorger der Opfer wirtschaftlichen Versagens sein möchte, so der markante Wortlaut.[58]

---

[52] Giddens: 1999, S.81
[53] vgl. hierzu ausführlicher Sennett: 2010, S.66ff.
[54] vgl. Giddens: 1999, S.143
[55] vgl. Schröder/Blair: 1999
[56] Schröder/Blair: 1999
[57] Schröder/Blair: 1999
[58] vgl. Schröder/Blair: 1999

„Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln,“[59] heißt es in der Folge, denn *„allzu oft wurden Rechte höher bewertet als Pflichten. Aber die Verantwortung des einzelnen [...] kann nicht an den Staat delegiert werden.“*[60]

So setzt sich die scheinbar alternativlose, auf Eigenverantwortung pochende Aktivierungspolitik konsequenterweise fort in den von der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen und vom ehemaligen VW-Personalvorstand Peter Hartz initiierten „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ von 2002. Ganz augenscheinlich sind auch hier Parallelen zu den Erfolgen vom amerikanischen „Workfare“ zu erkennen. Binnen acht Jahren hat sich die Anzahl derer, die Arbeit suchen, nahezu halbiert. Aufgrund dessen sind in der Folge die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit in den letzten zehn Jahren ebenso um die Hälfte gesunken.[61] Gleichzeitig ist aber zu beobachten, dass die Hartz-Gesetze den Trend verstärken, die Expansion des Billiglohnsektors voranzutreiben.[62] Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, so verrät der Deutsche Gewerkschaftsbund, ist in Deutschland die Aufstiegsmobilität exorbitant niedrig. Dementsprechend haben viele Beschäftigte kaum eine Chance dem Niedriglohnsektor zu entkommen. Der wird so eher zu einer Armutsfalle und nicht zum Sprungbrett, wie indes gerne behauptet wird.[63] Und genau so sind die gesparten Steuerausgaben zu relativieren, wenn sie an anderer Stelle die so genannten ErwerbsaufstockerInnen mit insgesamt 75 Milliarden Euro seit 2005 bezuschussen.[64] Die These wonach *„derjenige wirklich und wahrhaft sozial [ist], der Arbeit schafft“*[65], nebenbei bemerkt ein Wahlslogan Alfred Hugenbergs von der Deutschnationalen Volkspartei von 1932 und oft (unwissentlich) rezitierter Grundsatz in der heutigen Parteienlandschaft von links bis rechts, darf demgemäß ernsthaft in Frage gestellt werden.

Generell zielen Schröders Hartz-Reformen darauf ab, mittels Aktivierung und unter Berücksichtigung von *„Zumutbarkeitskriterien“*[66], verstärkt Arbeit einzufordern:

„Der Grundsatz ‚Fördern und Fordern’ sowie ‚keine Leistung ohne Gegenleistung’

---

[59] Schröder/Blair: 1999
[60] Schröder/Blair: 1999
[61] vgl. Hausner et al.: 2014, S.3
[62] vgl. Hickel: 2005, S.138
[63] vgl. Neumann: 2011
[64] vgl. Butterwegge: 2014
[65] Hugenberg, zit. in: Spät: 2014, S.101
[66] Hartz et al.: 2002, S.42

erhält im Sinne der Neuausrichtung der Arbeitsförderungspolitik zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik eine neue Akzentuierung, die im Begriff ‚Eigenaktivitäten auslösen – Sicherheit einlösen' zum Ausdruck kommt. ‚Fördern und Fordern' entspricht der Erwartungshaltung des Versicherers an den Versicherten, den materiellen und nichtmateriellen Leistungen des Arbeitsamtes im Sinne der Schadensminderungspflicht durch ein angemessenes, zielführendes Verhalten zu begegnen."[67]

Mit der angesprochenen Schadenminderungspflicht, oder angemessener ausgedrückt die Verhinderung der Arbeitslosigkeit, wird damit im Sinne des "Förderns und Forderns" die moralisierende Delegitimierung nicht-erwerbstätiger Lebensformen zum gesellschaftspolitischen Programm erhoben, wie Lessenich entschlüsselt. Es geht also nicht allein um die Förderung von Aktivität auf Seiten der Arbeitslosen, sondern zunächst einmal um proaktives beziehungsweise präventives Verhalten aller Versicherten. Es soll von vornherein verhindert werden, dass im Interesse des Gemeinwohls der versicherungswirtschaftliche und fiskalpolitische Schadensfall überhaupt erst eintritt.[68] Misslingt dies dennoch, und tritt aus welchen Gründen auch immer die Beschäftigungslosigkeit ein, kann man mit *„verhaltensbeeinflussenden Maßnahmen zur Sicherung des Erfolges"*[69] rechnen. Es bedarf schon großer Anstrengungen, hier keinen zwanghaften Unterton zu vernehmen - anderorts und weniger mild in der Beurteilung ist auch vom *„punitiven Paternalismus"*[70] die Rede.

Nachdruck verliehen wird dies mit der in der etwas rätselhaft anmutenden Kombination aus *„Zumutbarkeit und Freiwilligkeit"*[71]. Die Leistungen des JobCenters gehen zwar von freien, mündigen und entscheidungsfähigen KundInnen aus. Niemand ist demnach gezwungen, eine angebotene für zumutbar erklärte Stelle anzunehmen oder an einer Maßnahme zur Integrationsförderung teilzunehmen.[72] Aber „v*erletzt der Kunde die Regeln, indem er trotz intensiver Klärung seiner Situation und der geeigneten Handlungsoptionen die angebotenen Möglichkeiten nicht annimmt und keine Bereitschaft zu aktiver Mitwirkung zeigt, wird das JobCenter in angemessener und differenzierter Weise seine Leistungen reduzieren oder*

[67] Hartz et al.: 2002, S.45
[68] vgl. Lessenich: 2008, S.95f.
[69] Hartz et al.: 2002, S.49
[70] Lessenich: 2008, S.94
[71] Hartz et al.: 2002, S.93
[72] vgl. Hartz et al.: 2002, S.97

schließlich einstellen."[73]

Die *„Freiheit der Wahl"*[74] besteht so gesehen für Menschen ohne Anstellung entweder in der Aufnahme einer für sie angebotenen und für zumutbar erklärten (Leih-) Arbeit beziehungsweise Integrationsmaßnahme oder der eigenen sukzessiven Existenzgefährdung, sofern sie keine Erfolge bei der eigenhändigen Stellensuche vorweisen können. Im April 2007 verhungerte sogar ein psychisch kranker Hartz IV-Empfänger in Speyer, weil er nicht auf die Behördenbriefe reagiert hat. Auch wenn dies zweifelsohne eine Ausnahme darstellt, so verdeutlicht dieser Vorfall den resoluten Mechanismus, der bis zur Streichung aller Leistungen führen kann.[75]

Obendrein erhöht sich mit fortschreitender Dauer der Arbeitslosigkeit die Zumutbarkeit.[76] Unterm Strich soll der Eindruck erzeugt werden, fortwährend wählen zu können, zwischen Alternativen freilich, die man sich nicht selbst ausgesucht hat, wie Bröckling generell eine derartig fadenscheinige Souveränität eigenverantwortlichen Handelns als Zwang zur Freiheit entlarvt.[77] Oder wie hierzu ein treffendes Bonmot Zygmunt Baumans vergewissert: *„In der auf dem Herd der Individualisierung angerichteten schmackhaften Suppe der Freiheit schwimmt die Fliege der Ohnmacht, die um so unangenehmer auffällt, als die langersehnten Möglichkeiten der Freiheit nun vor Augen treten."*[78]

Ein Gleichgewicht von Rechten und Pflichten beziehungsweise eine beiderseitige *„Begegnung auf Augenhöhe"*[79] ist nicht viel mehr als politischer Euphemismus. Der mit Zwangscharakter ausgestattete Verpflichtungsgedanke aktivierender Sozialstaatsmodelle, so formuliert es André Gorz etwas schärfer, stigmatisiert die Arbeitslosen als Versager und Faulenzer, die von der Gesellschaft berechtigterweise und zu deren eigenem Wohlergehen zur Arbeit zu nötigen sind.[80] Daran anknüpfend folgert Michael Galuske, dass Faulenzerdebatten und Sozialmissbrauchsvorwurf ebenso wie Intensivierung von Zumutbarkeitsregeln und sanktionsflankierende Arbeitsverpflichtung dazu beitragen, den Eindruck vom unzulänglichen Arbeitslosen

---

[73] Hartz et al.: 2002, S.98
[74] Hartz et al.: 2002, S.97
[75] vgl. Stumberger: 2014
[76] vgl. Hartz et al.: 2002, S.97
[77] vgl. Bröckling: 2007, S.12
[78] Bauman: 2003, S.46
[79] Hartz et al.: 2002, S.97
[80] vgl. Gorz, zit. in: Galuske: 2004, S.12

zu festigen, der letztlich aufgrund mangelnder Flexibilität und Bereitschaft scheitert.[81]

Aber nicht nur die Marginalisierten aus der Beschäftigungslosigkeit geraten ins Visier der neuen Sozialpolitik. Es ist auch die Mehrheitsgesellschaft der Erwerbstätigen, es ist überhaupt die spätindustrielle Arbeitsgesellschaft in Gänze, die in den Mahlstrom der Aktivierung, in Mitleidenschaft eines nicht mehr automatisch versorgenden, sondern aktivierend-mobilisierenden Sozialstaats geraten, wie Lessenich weiter ausführt.[82] Lothar Böhnisch und Wolfgang Schröer beschreiben übereinstimmend dazu, wie eine permanente Drucksituation bewahrt werden soll, der man sich nur äußerst schwer entziehen kann. Der Mensch muss sich demnach, wie in einer nicht enden wollenden Bewerbungssituation, auf den Prüfstand stellen. Er muss flexibel genug sein, um im digitalen Kapitalismus mitzuhalten. Der „flexible Lerner", wie beide ihre Sozialfigur taufen, charakterisiert damit auch ein Stück weit die fortgeschrittene Vergesellschaftform individueller Lebensführung.[83] Auch abseits des Arbeitslebens ist *„Arbeit am Leben"*[84] angesagt. Aktivitätsbereitschaft und Mobilitätsfähigkeit hat man ein Leben lang und stets aufs Neue unter Beweis zu stellen.[85] *„Die Aktivgesellschaft fällt in diesem Sinne über ihre BürgerInnen einen doppelten Urteilsspruch: lebenslänglich - und auf Bewährung,"*[86] wie Lessenich veranschaulicht. Im selben Atemzug werden Werte wie Selbstbestimmung und Eigenverantwortung einseitig in den Dienst gesellschaftlicher Ansprüche an das Individuum genommen, deren Nichterfüllung wiederum sozial geächtet und bestraft wird.[87] In Zeiten der Aktivierung, so seine Einschätzung, richtet sich „Fördern und Fordern" mitnichten nur an eine Minderheit. Es gibt keine solidarisch finanzierten Komfortzonen mehr, lautet einstweilen die Botschaft, nirgendwo und für niemanden.[88] Giddens Versprechen nach einem universal ethischen Prinzip scheint sich offenbar durchgesetzt zu haben.

[81] vgl. Galuske: 2004, S.12
[82] vgl. Lessenich: 2008, S.94
[83] vgl. Böhnsich/Schröer: 2001, S.92
[84] Siemons, zit. in: Lessenich: 2008, S.96
[85] vgl. Lessenich: 2008, S.118
[86] Lessenich: 2008, S.118
[87] vgl. Lessenich: 2008, S.96
[88] vgl. Lessenich: 2008, S.94

Seine Idee eines *„Sozialinvestitionsstaates"*[89] ist gleichsam ein Premiumsegment aktivierender Sozialpolitik.[90] Angesprochen fühlen dürfen sich hierbei vor allem Frauen und Kinder. Sie sind aus diversen Gründen *„(noch) nicht (voll) erwerbstätig und damit keine vollwertigen Mitglieder der gesellschaftlichen Produktivgemeinschaft [...], die diesen Status in näherer oder fernerer Zukunft aber potentiell - mit öffentlicher Hilfe – erlangen können,"*[91] bemerkt Lessenich nicht ganz unkritisch, und lenkt den Fokus auf Gøsta Esping-Andersen, der hinsichtlich dieser Diskussion wissenschaftliche Pionierarbeit geleistet hat. Seine in der Politik mittlerweile sehr populär gewordenen Ansichten zielen auf sozialstaatliche Interventionen, deren Erträge die individuelle als auch gesellschaftliche Wohlfahrt gleichermaßen zu steigern vermögen.[92] Auch hier spielt perspektivisch, und im Interesse des Gemeinwohls, die versicherungswirtschaftliche und fiskalpolitische Schadensfallvermeidung eine eminent wichtige Rolle: *„Tatsächlich ist eine Strategie für allgemeine und hochwertige Kinderbetreuung gleich in doppelter Weise ein Gewinnerthema: Sie hilft, Lebenschancen zu verbessern und ermöglicht zugleich mehr Erwerbsarbeit von Frauen. Kein Zweifel, diese Strategie erfordert beträchtliche Investitionen. Aber die Kosten, die unserer Gesellschaft entstehen, wenn diese Investitionen nicht unternommen werden, dürften bei weitem höher liegen."*[93] Der moderne Wohlfahrtsstaat müsse demnach den weiblichen Teil der Bevölkerung von unbezahlter Arbeit - also von privater Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit - befreien, wie Lessenich zunächst daraus ableitet. Eine höhere Frauenerwerbsquote und die Förderung von Kindern im Schul- und Vorschulalter bewirken gemäß Esping-Andersen gleich mehrere Vorteile. So wirkt sein Konzept der intergenerationalen Vererbung von familialem Bildungskapital entgegen, die sozialen Mobilitätschancen von Kindern aus bildungsfernen Haushalten werden so durchgehend verbessert und die Humankapitalausstattungen von Frauen werden effizienter ausgeschöpft. Des Weiteren wird dadurch der Kinderwunsch politisch ermöglicht sowie das drohende Problem der zukünftigen Finanzierung der Alterssicherung entschärft.[94] All das sind gewichtige Argumente im politischen Alltag. Und in der Tat scheint es oberflächlich

[89] Giddens: 1999, S.137
[90] vgl. Lessenich: 2008, S.98
[91] Lessenich: 2008, S.98
[92] vgl. Lessenich: 2008, S.100
[93] Esping-Andersen: 2003
[94] vgl. Lessenich: 2008, S.101

so, als gehe es allein um das Wohlbefinden von Frauen und Kinder.[95]
Doch Esping-Andersens produktivistisch motivierter *„Salonfeminismus“*[96] beruht vorrangig auf den Ausbau eines privaten Dienstleistungssektors, der den Haushaltsführungs- und Kinderversorgungsbedarf erwerbsabhängiger Eltern befriedigt, wie Lessenich feststellt, und bemängelt *„dass man weder bösartig noch Prophet sein [muss], um davon auszugehen, dass diese neuen Dienstleistungen ganz überwiegend von den Frauen selbst erbracht, ganz überwiegend schlecht entlohnt und [...] auch ganz überwiegend zur Endstation weiblicher Erwerbskarrieren werden dürfte.“*[97] Demnach bewegen sich Esping-Andersens Überlegungen primär auf den Wegen der Kosten-Nutzen-Rechnung. In seinem vermeintlichen Plädoyer für Chancengleichheit spiegelt sich lediglich die ablehnende Haltung am konservativen Sozialstaatsmodell mit seinen antiquierten Anreizmechanismen zugunsten des männlich dominierten „Normalarbeitsverhältnisses“ wieder. Dieses wirkt wie ein Hemmschuh und zulasten weiblicher Beschäftigung, wenn es darum geht den wirtschaftlichen Strukturwandel hin zur Dienstleistungsökonomie voranzutreiben.[98]
„Aktivierung“ - das wird hier und im Folgenden sehr deutlich - ist eine politisch kaum umstrittene, weil oft auch undurchschaubare Programmatik. Sie erfüllt den individuellen Wunsch nach Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und führt die institutionelle Erwünschtheit derselben in scheinbar perfekter Weise zusammen, wie Lessenich das Erfolgsrezept auf den Punkt bringt.[99]

Die *„Mobilisierung schlummernder gesellschaftlicher Produktivitätspotentiale“*[100] indes setzt sich fort mit Blick auf die Älteren in unserer Gesellschaft. Anlass dazu geben laut „Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ die Herausforderungen einer stetig wachsenden älteren Bevölkerungsschicht:
„Durch den demografischen Wandel müssen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zukunftsaufgaben von weniger und im Durchschnitt älteren Menschen bewältigt werden. Eine altersgerechte und generationenübergreifende Politik hat deshalb die Aufgabe, den Zusammenhalt in der Gesellschaft und zwischen

[95] vgl. Lessenich: 2008, S.101
[96] Lessenich: 2008, S.105
[97] Lessenich: 2008, S.105
[98] vgl. Lessenich: 2008, S.104
[99] vgl. Lessenich: 2008, S.125
[100] Lessenich: 2008, S.108

den Generationen zu fördern.“[101] Um die Bevölkerung für den Wert des aktiven Alterns zu sensibilisieren, wurde das „Europäische Jahr für aktives Altern“ einberufen. Und wie der Titel der Initiative schon suggeriert, geht es darum, eine Kultur des „aktiven Alterns“ einzuführen.[102] Hinter all dem verbirgt sich nicht weniger als die grundlegende gesellschaftliche Neuverhandlung des Alters, und zwar den fortgeschrittenen Lebenszyklus auch als aktiv zu denken und zu wissen, wie Lessenich aufdeckt.[103] Insbesondere das Potenzial älterer Beschäftigter ist dem Ministerium ein wichtiges Anliegen: *„Hierbei spielt Bildung in der zweiten Lebenshälfte eine besondere Rolle, um Seniorinnen und Senioren zu aktivieren. Lebenslanges Lernen ist dabei ein Schlüssel für den Erhalt von Wohlstand und Wachstum im demografischen Wandel. Die Maßnahme [...] verfolgt das Ziel, Ressourcen Älterer zu erkennen und zu fördern.“*[104] Vom „flexiblen Lerner“ im fortgeschrittenen Alter erwartet man mithin produktive Leistungsbeiträge, auch um den vom Weg abgeratenen Generationenvertrag wieder in die Spur zu verhelfen.[105] Die Rente, die man im Pensionsalter erhält, und überhaupt der Rentner als solcher, erinnert uns Giddens, sind Erfindungen des Wohlfahrtsstaats, die der heutigen Realität nicht mehr entsprechen.[106] *„Sie sind ein eindeutiger Fall von Wohlfahrtsabhängigkeit. Sie sind mit der Vorstellung von Untauglichkeit verbunden, und es erstaunt nicht, dass die Pensionierung für viele Menschen zu einem Verlust von Selbstachtung führt.“*[107] Solchen Standpunkten einen wissenschaftlichen Rahmen zu geben, ist zweifelsohne äußerst dienlich, wenn es darum geht das Renteneintrittsalter nach oben zu drücken. Am besten solle man es sogar *„[...] schrittweise abschaffen und die Kompetenzen älterer Menschen nutzen, statt sie als Problem zu betrachten.“*[108] Ob ein wohlverdienter Ruhestand nach einer langen Erwerbskarriere nicht ebenso erstrebenswert ist und nicht als reizloses *„Ruhestandsghetto“*[109] empfunden werden muss, liegt offensichtlich im Auge des Betrachters. Die Forderungen jedenfalls nach einem verzögerten Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt und die Produktivitätserwartung in der Nacherwerbsphase entsprechen

[101] BMFSFJ: 2012
[102] vgl. Lessenich: 2008, S.
[103] vgl. Lessenich: 2008, S.112f.
[104] BMFSFJ: 2011
[105] vgl. Lessenich: 2008, S.115
[106] vgl. Giddens: 1999, S.139
[107] Giddens: 1999, S.139f.
[108] Giddens: 1999, S.140
[109] Giddens: 1999, S.140

ganz den Denkannahmen aktivierender Politik: *„Das Alter sollte nicht als Zeit der Rechte ohne Pflichten angesehen werden.“*[110] So ist auch nachvollziehbar, weshalb sich Giddens für einen *„Zwang zur Eigenvorsorge“*[111] stark macht, was beispielsweise in einer kombinierten öffentlich-privaten Finanzierung von Renten Gestalt annehmen soll.[112] Und auch in Deutschland ist 2002 mit der Riester-Rente ein ähnliches Anreizmodell entstanden, bei dem allerdings ernsthafte Zweifel bestehen, ob sie der prognostizierten Altersarmut tatsächlich vorbeugen kann, wenn wie geplant die gesetzliche Rente immer weiter gesenkt wird.[113] Ungeachtet dessen soll die Aktivierung des Alters nicht nur jedem einzelnem Alten, sondern der Gesellschaft im Ganzen von Nutzen sein.[114] Vor allem der normative Präventionsgedanke, also der Gesellschaft künftig keine monetären Lasten aufzubürden, tritt hier deutlich zu Tage und ist wie bereits erwähnt fester Bestandteil aktivischer Lebensführung. *„In der individualisierten Gesellschaft muss der einzelne [...] lernen, sich selbst als Handlungszentrum, als Planungsbüro in Bezug auf seinen eigenen Lebenslauf, seine Fähigkeiten, Orientierungen, Partnerschaften usw. zu begreifen. ‚Gesellschaft’ muss [im Orig. hervorgehoben, Anm. DT] unter den Bedingungen des herzustellenden Lebenslaufes als eine ‚Variable’ individuell gehandhabt werden,“*[115] konkretisiert Ulrich Beck, der im Übrigen auch als Mitglied in der Kommission für Zukunftsfragen aufgelistet steht. Wer keine Prävention betreibt ist nicht nur "selber schuld", wie Lessenich interpretiert, sondern wird zum schuldigen Selbst, macht sich auch am Kollektiv der Produktionsgemeinschaft schuldig. Damit ist ein weiteres Wesensmerkmal des aktivierenden Sozialstaats gekennzeichnet, und zwar die Umkehrung der sozialpolitischen Schuldverhältnisse.[116]

Es steht dabei außer Frage, dass der Sozialstaat schon immer bedacht war, Menschen aus wohlfahrtsstaatlichen Arrangements fernzuhalten, neu ist allerdings der moralische Rechtfertigungszwang beziehungsweise die moralisierende Delegitimierungsrhetorik, die der Bevölkerung im aktivierenden Sozialstaat nun zugetragen wird.[117] *„Nichterwerbstätigen Frauen, noch nicht erwerbstätige Kinder*

[110] Giddens: 1999, S.141
[111] Giddens: 1999, S.138
[112] vgl. Giddens: 1999, S.138f.
[113] vgl. Krieger: 2013, S.1
[114] vgl. Lessenich: 2008, S.114
[115] Beck: 1986, S.217
[116] vgl. Lessenich: 2008, S.119
[117] vgl. Lessenich: 2008, S.119

oder nicht mehr erwerbstätige Rentner. Sie alle sind [...] unter den Druck der Aktivierung geraten. [...] Sie alle sind aufgefordert aktiv zu werden - ihre spezifischen Ressourcen in produktiver Weise zu nutzen, um der Allgemeinheit keine unnötigen Risiken aufzuerlegen,"[118] resümiert Lessenich.

Auf ähnliche Weise wie aktivierende Sozialpolitik Arbeitslose beschäftigungsfähig zu machen verfolgt, so versucht sie Hausfrauen in die Erwerbstätigkeit zu bringen, Kleinkinder pisakompatibel zu machen oder Alte aus ihrem Ruhestand wach zu küssen. Alle haben sie gemeinsam, dass ihnen von einer abstrakten Allgemeinheit aktivisches und präventives, Eigeninitiative beweisendes und die Beanspruchung von Fremdhilfe vermeidendes Verhalten abverlangt wird.[119] Daraus versteht sich, dass der Staat nicht unbedingt als alleiniger Aktivierungsakteur zu begreifen ist, wenngleich ihm durchaus eine essenzielle Rolle zukommt. Vielmehr ist der aktivierende Sozialstaat als Teil einer großen institutionellen Bewegung zur ökonomischen Mobilisierung der Subjekte, und zwar unter der programmatischen Bezugnahme auf Semantiken des Wettbewerbs.[120] Und in dieser gibt es keine Lebensäußerung, deren Nutzen nicht maximiert, keine Entscheidung, die nicht optimiert, kein Begehren, das nicht kommodifiziert werden könnte, wie Bröckling anfügt.[121] Für Hartmut Rosa macht sich dies vor allem in der beschleunigten Zeitstruktur und ihrer allgemeinen Wahrnehmung bemerkbar, die sich auf bedenkliche Weise in anekdotischen Randnotizen des Alltags widerspiegeln und verselbstständigen. So wird die verkürzte und verdichtete abendliche Zeit mit den eigenen Kindern zur „Quality time" erhoben und in den USA kann man nun auch im Vorbeifahren - per „Drive-through" - den Verstorbenen die letzte Ehre erweisen.[122] George Ritzer beobachtet in summa eine „McDonaldisierung" der Gesellschaft, die sich nicht ausschließlich mit wirtschaftlichen Interessen erklären lassen kann, die aber scheinbar zu einem Wert an sich geworden ist. Denn eine Gesellschaft, die auf Mobilität und Rationalität großen Wert legt, ist auch ein guter Nährboden für eben jene und andere Fast-Food-Prinzipien.[123]

[118] Lessenich: 2008, S.120
[119] vgl. Lessenich: 2008, S.120
[120] vgl. Lessenich: 2008, S.136
[121] vgl. Bröckling: 2007, S.283
[122] vgl. Rosa: 2012, S.200
[123] vgl. Ritzer: 1995, S.248ff.

Nichts soll dem Gebot der permanenten Selbstverbesserung im Zeichen des Marktes entgehen. Diese Universalitätsdynamik reiht sich nahtlos ein in die Rechtfertigungsordnung des neuen, flexiblen Kapitalismus.[124]

3) Das Paradigma der Lebensbewältigung nach Böhnisch und Schefold

„Die ‚Rationalisierung der Lebenswelten' im Sinn ökonomischer Logiken der Systeme scheint voranzuschreiten",[125] stellten Lothar Böhnisch und Werner Schefold schon im Jahre 1985 sehr feinsinnig fest. Damals wie heute soll der dazugehörige, adäquate Sozialcharakter seinerseits die Voraussetzungen mitbringen, mit wachsenden und wechselnden Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung umzugehen, die sich im Wandel der Systeme wie beispielsweise der Wirtschaft zeigen. Weiterhin soll er offen, anpassungsfähig, änderungsbereit, flexibel und mobil sein. Von ihm werden Kompetenzen verlangt, die ein hohes Potential von Anpassungsfähigkeit abverlangen - damit sind auch persönliche Ressourcen gemeint, um Anpassungsprobleme zu bewältigen - und die allgemeine Fähigkeit, als Person neue Wert- und Zielorientierungen zu übernehmen und einzugehen. All das zeichnet die „moderne Persönlichkeit" aus.[126]

Allerdings muss eine funktionierende Identitätsbalance ein Gesellschaftsmodell voraussetzen, das zwar wechselnde Anforderungen an Subjekte stellt, aber gleichzeitig Sicherungen, Gewährleistungen und Optionen bereithält, die ein solches Bewältigen vor dem Horizont einer subjektiv aussichtsreichen Lebensperspektive in einer Gesellschaft bewerkstelligen können.[127] Der Dreh- und Angelpunkt einer ausgeglichenen Identität in der wohlfahrtsstaatlichen Gesellschaft, so Böhnisch und Schefold, ist somit auch das Vertrauen in die Erreichbarkeit des gängigen Lebensideals: *„Wer Arbeit hat, eine geordnete Versorgung auf Gegenwart und Zukunft, sichere Statuspassagen für seine Kinder – dem eröffnen die Institutionen eine synthetisierende Perspektive: sie machen ihm Vorgaben für Sinnfragen, damit auch sinnlose Dinge mit Sinn belegt und die Balance gesichert werden kann. Je*

[124] vgl. Bröckling: 2007, S.76f.
[125] Böhnisch/Schefold: 1985, S.65
[126] vgl. Böhnisch/Schefold: 1985, S.71
[127] vgl. Böhnisch/Schefold: 1985, S.78

stärker aber die Sozialintegration gestört ist, je mehr ein Mensch ausgekoppelt ist aus dem normalen Gang der Dinge - also keine Arbeits-, Lern- oder Leistungsfähigkeit zu reproduzieren hat - desto mehr verengt sich ja auch diese Lebensbewältigung, desto mehr verlagert sie sich von der Orientierung an gesellschaftlichen Institutionen auf soziale Beziehungen. Wenn Institutionen keinen Sinn mehr geben, keinen Halt in einer Lebensphase, keine Sicherheit, keine befriedigende Tätigkeit vermitteln, keine Zukunft verheißen, dann wird die personen- und lebensweltzentrierte Perspektive ‚Lebensbewältigung' lebensbestimmend."[128]
Oder um es mit den Worten Richard Sennetts zu sagen: *„Ein klares Scheitern ist die persönliche Erfahrung, die die meisten Leute dazu bringt, ihre Angewiesenheit auf andere anzuerkennen."*[129]
Somit bekommt die potentielle Lebensgestaltung als solche erstmal keine große Gewichtung, sondern eher die aktuelle Lebensbewältigung, welche auch biographische Stationen vor dem Hintergrund des Scheiterns eines normativen Lebensentwurfes berücksichtigt. Hierfür setzt man auch einen Erfahrungsprozess der Beteiligten voraus, die am eigenen Leibe mitbekommen haben, dass die ihnen angebotenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eben nicht immer die Voraussetzungen erfüllen, um die „Idee vom guten Leben" verwirklichen zu können.[130] In der flexiblen, fragmentierten Gegenwart mag es zwar möglich sein, zusammenhängende Erzählungen über das, was war, herzustellen, aber nicht länger möglich, kreative vorausschauende Entwürfe, dessen, was sein wird, behauptet Sennett.[131] Diese lassen sich überhaupt nur dann realisieren, wenn Menschen die Chance haben, ihr Betroffensein in der Wahrnehmung von Kontrasten eines „besseren Lebens" durch Erfahrung von alternativen Möglichkeiten zu reflektieren. Hierbei hilft das Angebot „funktionaler Äquivalente", in Projekten der Sozialen Arbeit also, in denen man sich in veränderten sozialen Kontexten neu erfahren kann und die Selbstwert, Anerkennung und Selbstwirksamkeit fördern.[132]
Kritische Lebenskonstellationen können erst thematisiert und bewältigt werden, wenn sie als soziale Probleme anerkannt sind, und nicht allein den Einzelnen angelastet

[128] Böhnisch/Schefold: 1985, S.79f.
[129] Sennett: 2010, S.194
[130] Böhnisch/Schefold: 1985, S.79
[131] vgl. Sennett: 2010, S.184
[132] Böhnisch/Schröer: 2012, S.112

beziehungsweise zugeschuldet werden.[133] Das Lebensbewältigungsparadigma bleibt somit nicht auf der personalen Ebene verhaftet, sondern macht genauso sensibel für systemisch generierte Situationen, die auf die Bedeutung der Institutionen der Lebensbewältigung hinweisen.[134]

Die „Lebensbewältigung" (oder „coping") als sozialwissenschaftliches Konzept ist bereits aus der Entwicklungspsychologie und ihrer Forschung geläufig und dient Böhnischs und Schefolds Paradigma als Grundlage. Vor diesem Hintergrund erkennt Heiner Keupp, dass die Stellung einer Person im gesellschaftlichen System, also ihre soziale Lebenslage, Konsequenzen für die systematisch produzierten Belastungen hat.[135] Dabei beruft er sich auf Gemeindestudien des amerikanischen Forscherehepaars Dohrenwend von 1980.[136] Ihre Analyse stimmt weitestgehend mit den heutigen Trends aus der Gesundheitsberichterstattung des Bundes überein: *„Die [...] Ergebnisse deuten auf einen stabilen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung und Gesundheit in Deutschland hin. Arbeitslose weisen ein erhöhtes Mortalitätsrisiko auf, sie haben mehr psychische Krankheiten und Beschwerden und verhalten sich auch häufiger gesundheitsriskant. Die vorliegenden Ergebnisse für Deutschland deuten darauf hin, dass ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeitserfahrungen bzw. Arbeitsplatzunsicherheit auf der einen und der Verschlechterung der psychischen Gesundheit auf der anderen Seite besteht. Zudem führen gesundheitliche Probleme häufig auch zu Arbeitslosigkeit."*[137] International vergleichende Studien, so ist dort zu entnehmen, kommen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass Arbeitslosigkeit und Gesundheit in den meisten europäischen Staaten eng assoziiert sind.[138] Keupp macht aber darauf aufmerksam, dass nicht nur die objektiven Belastungen von Relevanz sind, sondern auch deren subjektive Bedeutung und die Erfahrung, sie bewältigen zu können oder nicht.[139] Hier macht sich ein weiteres Phänomen bemerkbar, welches die Dohrenwends „Demoralisierung" nennen. Es beinhaltet eine tendenziell pessimistische Grundhaltung, die sich durch geringes Selbstwertgefühl,

[133] vgl. Böhnisch/Schröer: 2012, S.105
[134] vgl. Böhnisch/Schefold: 1985, S.79
[135] vgl. Keupp/Rerrich: 1982, S.29
[136] vgl. Keupp/Rerrich: 1982, S.25f.
[137] Kroll/Lampert: 2012, S.6
[138] vgl. Kroll/Lampert: 2012, S.6
[139] vgl. Keupp/Rerrich: 1982, S.28

Hilflosigkeit, Hoffungslosigkeit, unbestimmte Zukunftsängste und allgemein gedrückter Stimmung äußert, wie Keupp erwähnt. Dieser Fatalismus kann dazu führen, dass man sich in Passivität zurückzieht, und die Konfrontation mit den eigenen Problemen meidet.[140] Apathie ist die logische Reaktion auf das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, stellt Sennett analog dazu fest.[141] Dieses *„Demoralisierungssyndrom"*[142] steht unmittelbar in Verbindung mit den eigenen Bewältigungsressourcen. Diese können in verschiedenen Lebensbereichen, bei verschiedenen Problemen und verschiedenen Lebenssituationen der Betroffenen höchst unterschiedlich ausfallen.[143] Dieser Aspekt ist in der aktuellen Fachliteratur auch unter dem Aspekt der Resilienz bekannt. Verkürzt kann man sagen, Resilienz stellt die psychische Widerstandsfähigkeit gegenüber biologischen, psychologischen und psychosozialen Entwicklungsrisiken dar.[144]

Demnach ist es höchst bedeutsam, dieses Demoralisierungsphänomen auch gegen eine professionelle Hoffnung auf unbegrenzte Bewältigungsressourcen zu setzen. Es muss darum gehen, so schlussfolgert Keupp, sich um realistische Einschätzungen von Bewältigungsmöglichkeiten zu bemühen statt den ideologisch gefärbten Behauptungen vom „natürlichen Selbsthilfepotential der Gesellschaft" zuviel Aufmerksamkeit zu schenken.[145]

Die von Keupp angesprochenen sozialen Lebenslagen wirken sich erheblich auf die Beeinflussungschancen von Menschen in kritischen Situationen aus. Bei näherer Betrachtung und unter Berücksichtigung der Lebenslagenforschung aus der wissenschaftlichen Sozialpolitik, hier insbesondere Ingeborg Nahnsen, dient ein angemessener Lebenslagenbegriff zur Beschreibung von Spielräumen, die dem einzelnen, und den gesellschaftlichen Umständen berücksichtigend, Entfaltung und Befriedigung wichtiger Interessen bieten.[146] *„Wenn also Lebenslagen hinsichtlich ihrer Struktur analysiert und hinsichtlich ihres Wertes beurteilt werden sollen, so geschieht das sinnvollerweise nicht dadurch, dass untersucht wird, welche Interessen die betroffenen Menschen haben oder bei hinreichender Selbstbestimmung hätten, sondern dadurch, dass nach der Ausprägung der*

[140] vgl. Keupp/Rerrich: 1982, S.29f.
[141] vgl. Sennett: 2010, S.202
[142] Keupp/Rerrich: 1982, S.30
[143] vgl. Faltermaier, in: Keupp/Rerrich: 1982, S.37
[144] vgl. Wustmann: 2004, S.18
[145] vgl. Keupp/Rerrich: 1982, S.30
[146] vgl. Nahnsen: 1975, S.148

Bedingungen gefragt wird, unter denen Interessen überhaupt Bewusstsein gehoben und befriedigt werden können.“[147] Nahnsen veranschaulicht dies, wenn sie hervorhebt, dass das Ausmaß der Interessensentfaltung und -gestaltung wesentlich davon abhängt, in wie weit eine mögliche Versorgung mit Gütern und Diensten, als Versorgungs- und Einkommensspielraum, gewährleistet ist. Weiter muss danach gefragt werden, in welchem Umfang die Pflege sozialer Kontakte und das Zusammenwirken mit anderen, als Kontakt- und Kooperationsspielraum, ausgeprägt ist. Vorteilhafte Lebenslagen hängen nicht zuletzt auch davon ab, welche kulturellen Erfahrungen man gemacht und welchen Bildungs- und Ausbildungsweg man abgeschlossen hat.[148]

Nahnsens Hypothese lässt sich gerade im letztgenannten Lern- und Erfahrungsspielraum stichhaltig überprüfen. Eine relativ sichere Prognose über den Bildungsweg erlaubt in Deutschland derzeit immer noch ein Blick auf die soziale Herkunft. Ein bedeutender Indikator ist dabei der Bildungsabschluss der Eltern. Ein Kind aus einem Akademikerhaushalt studiert mit wesentlich höherer Wahrscheinlichkeit als ein Kind aus einem Arbeiterhaushalt. Generell verringert sich die Bildungsungleichheit über die Jahrzehnte nur in überschaubaren Anteilen.[149] Gut hieran zu erkennen ist auch, dass die scheinbar heterogenen Spielräume sich bedingen und in einem wechselseitigen Zusammenhang zu sehen sind.[150] Denn wer beispielsweise einen kürzeren Bildungsweg beschritten hat, besitzt insofern auch schlechtere Karten auf dem Arbeitsmarkt, was in der Regel auch andere Lebensbereiche wiederum nicht unberührt lässt.

Dem gegenüber können Spielräume statt psychosozial verengende auch für eröffnende Erfahrungen sorgen. Böhnisch und Schröer sprechen auch vom „Ermöglichungszusammenhang“. Dies führt zu einer weiteren Dimension der Lebenslagendefinition, wie beide darauf aufbauend erklären. Subjekte sind nicht einfach von ihrer Lebenslage schicksalhaft betroffen, denn sie können sich mit ihr sehr wohl bewusst reflexiv oder unbewusst agierend auseinandersetzen.[151] Die

[147] Nahnsen: 1975, S.150
[148] vgl. Nahnsen: 1975, S.150
[149] vgl. Becker: 2014, S.1
[150] vgl. Böhnisch/Schröer: 2012, S.102
[151] vgl. Böhnisch/Schröer: 2012, S.101

Menschen entdecken mit der ökonomisch induzierten Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse weiterführende, eigene Interessen.[152]
Nahnsen nennt hier explizit den durch den Arbeitsschutz ausgeweiteten Muße- und Regenerationsspielraum, aus dem sich wiederum Lern- und Erfahrungsspielräume als auch Kontakte und Kooperationen mit anderen Menschen begünstigen, ohne dabei den prinzipiellen Charakter des Lohnarbeitsverhältnisses in Frage zu stellen.[153] Voraussetzung hierfür ist allerdings eine sozialpolitische Ausrichtung, die die Lebenslagenentwicklung durch Ausbalancierung des Verhältnisses von Arbeit und Kapital in eine institutionelle Ordnung hält.[154] Mit der Entgrenzung und Schwächung des Sozialstaates und der Dominanz der Welt des globalen Finanzkapitals droht allerdings wieder eine Umkehrung sozialpolitischer Verhältnisse, in der sich die Spielräume wieder verengen und die Lebenslagen prekärer werden.[155]

"Lebensbewältigung" beinhaltet also als sozialpädagogisches Konzept mehr als die Beschreibung des nackten "über-die-Runden-Kommens". Mit seiner Hilfe erreicht man einen Zugang zu Erscheinungen des alltäglichen Lebens, wie Böhnisch und Schefold die Vorteile ihrer Arbeit aufzeigen.[156] Es fragt ganz bewusst, gerade mit Blick auf die Lebenslagen, ob die jetzige Sozialpolitik für die Betroffenen überhaupt „lebensgerecht“ ist. Dabei ist nicht etwa die „Idee vom guten Leben“ vorrangiges Ziel sozialarbeiterischer Interventionen, sondern zunächst die kleinschrittigere Variante des „besseren Lebens“, weil sie den sozialempirischen Bedingungen der aktuellen Lebenslage gerechter werden.[157] Das macht auch deswegen Sinn, wenn man sich darüber hinaus die begrenzte Wirkung sozialarbeiterischen Handelns etwas pragmatischer vergegenwärtigt: *„Die Soziale Arbeit gilt zwar als verlängerter Arm der Sozialpolitik, indem sie die biographischen Ausformungen sozialer Risiken zum Gegenstand der Interventionen hat. Sie kann aber zentrale Spielräume - Einkommen, Arbeit und Beruf, Rechte - nicht oder kaum verändern. Dafür aber die sozialen und kulturellen Spielräume, soweit sie pädagogisch interaktiv beeinflussbar sind.“*[158]

[152] vgl. Böhnisch/Schröer: 2012, S.99f.
[153] vgl. Nahnsen: 1975, S.151
[154] vgl. Böhnisch/Schröer: 2012, S.103
[155] vgl. Böhnisch/Schröer:2011, S.169
[156] vgl. Böhnisch/Schefold: 1985, S.78
[157] vgl. Böhnisch/Schröer: 2012, S.112
[158] Böhnisch/Schröer: 2012, S.105

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Sozialisation und Sozialpolitik in ihrem Paradigma Lebensbewältigung/Lebenslage in direkter Beziehung stehen.[159]

4) Soziale Arbeit und ihr neues Selbstverständnis im aktivierenden Sozialstaat

Ursprünglich verfolgen Soziale Arbeit und Sozialpolitik ein gemeinsames Ziel, nämlich die Verbesserung sozial riskanter Lebensverhältnisse und ungleicher Lebenschancen, wobei sich die Sozialpolitik in erster Linie an soziale Strukturen und die Soziale Arbeit an Personen orientiert.[160] Dieses Leitprinzip wird auch von Aktivierungsbefürworten vehement vertreten, wie man an den zurückliegenden Ausführungen - insbesondere denen Giddens und Esping-Andersens - erkennen kann. Dabei sind viele Begriffe und Gedanken, die im Kontext des aktivierenden Sozialstaats aufgekommen sind, wie Fördern und Fordern, das Leitbild des aktiven Bürgers, eine stärkere Ausrichtung auf die Ressourcen und Kompetenzen der Hilfesuchenden ersichtlich und anschlussfähig an sozialpädagogische Diskurse, wie Galuske erkennt.[161] Vor allem die Bezeichnung „ Empowerment“ (wörtlich übersetzt: „Selbstbefähigung“ oder „Stärkung von Eigenmacht und Autonomie“) könnte auf eine symbiotische Verflechtung von aktivierender Sozialpolitik und Sozialer Arbeit deuten, deren (kleinster) gemeinsamer Nenner das „bessere Leben“ in Aussicht stellt. Aber zugleich steckt hier der Kern aller Kontroversen, die mit diesem Konzept verbunden sind, wie Norbert Herriger richtig feststellt.[162] *„Der Empowerment-Begriff ist so zunächst einmal eine offene normative Form. Er ist ein Begriffsregal, das mit unterschiedlichen Grundüberzeugungen, Werthaltungen und moralischen Positionen aufgefüllt werden kann.“*[163] Ein allgemein akzeptiertes Verständnis von Empowerment, so fährt Herriger fort, der sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch die psychosoziale Praxis verbindlich anleiten könnte, gibt es aber nicht.[164] Kontrovers ist die begriffliche Bedeutungsoffenheit insbesondere deswegen, weil sich die Soziale Arbeit an dieser entscheidenden Stelle an einer Weggablung in ihrer professionellen - und zwar einer aktivisch-affirmativen oder einer emanzipatorisch-

[159] vgl. Böhnisch/Schefold: 1985, S.94
[160] vgl. Böhnisch/Schröer: 2012, S.98
[161] vgl. Galuske: 2004, S.12
[162] vgl. Herriger: 2010, S.13
[163] Herriger: 2010, S.13
[164] vgl. Herriger: 2010, S.13

freiheitlichen Orientierung befindet. Christine Stelzer-Orthofer spricht sinngemäß auch von einer suppressiven und emanzipatorischen Aktivierung.[165] Ohne Frage sind auch hier Zwischentöne möglich. Und dass die Soziale Arbeit als *„offenes Projekt der Moderne"*[166] sich vor Innovationen nicht verschließen darf, ist ebenso zu begrüßen.
Dieser Umstand soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie somit auch potenziell der Gefahr ausgesetzt ist, sich für sozialpolitisch fragwürdige und einseitige Ansichten instrumentalisieren, und sich so das Kuckucksei aktivierungspolitischer Bemühungen ins Nest legen zu lassen. Für viele hat es den Anschein, als lägen die Perspektiven der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit und die des aktivierenden Staates ganz dicht bei einander, wie Mechthild Seithe warnt.[167]

Die Soziale Arbeit befindet sich in Bedrängnis, wie Ronald Lutz allgemein und durchaus nachvollziehbar feststellt. In der Praxis setzt sich immer mehr die Tendenz durch, als Dienstleister zu agieren beziehungsweise verstärkt nach ökonomischen Kriterien zu arbeiten, und dabei zugleich neue Verhältnismäßigkeiten zwischen Individuum und Gesellschaft aufzugreifen. Dabei konstatiert er, dass die Soziale Arbeit offenbar zu eng an die Vorstellungen eines Sozialstaates geknüpft ist, der umverteilend agiert und für Menschen in Problem- und Notlagen umfangreiche Hilfestellungen in institutionalisierter Form bereithält.[168]
„Hier liegt der aktuelle Bezugspunkt für eine politische und ökonomische Kritik an der Praxis des Sozialen und der Sozialen Arbeit. Stellvertretend für viele hat Paul Nolte etwas populistisch von einer ‚fürsorglichen Vernachlässigung' gesprochen, die mit der Organisation von großzügigen Sicherungssystemen Betroffene von eigenen Entscheidungen und Handlungen entlaste und somit ihre Abhängigkeit vom System befördere. Der erkennbare Umbau des Sozialstaates macht eine Neupositionierung und Veränderungen des Selbstverständnisses auch der Sozialen Arbeit erforderlich."[169]
Seine Lösungsansätze richten sich zum einen auf eine Ausrichtung auf betriebwirtschaftliche Kriterien, und zwar stärker als dies in der Vergangenheit der Fall war. Zum anderen muss sie sich statt auf den Ausgleich von Defiziten auf die

[165] vgl. Stelzer-Orthofer: 2013, S.22
[166] Lutz: 2008, S.1
[167] vgl. Seithe: 2012, S.271
[168] vgl. Lutz: 2008, S.2
[169] Lutz: 2008, S.1

Förderung von Kompetenzen und die Aktivierung der Menschen für die eigene Lebensführung konzentrieren. Es geht darum, Ressourcen des Einzelnen zu fördern und zu fordern.[170]

„Vor diesem Hintergrund müssen die Auswirkungen der sozialwirtschaftlichen Neubestimmung der Sozialen Arbeit reflektiert und verstanden werden. Es zeichnet sich ein klares Primat der Auftraggeber und des Ziels der Hilfe ab, das endgültig Vorstellungen eines ‚Doppelten Mandates' der Sozialen Arbeit überwindet,"[171] benennt Lutz damit einen wesentlichen Vorteil einer Sozialen Arbeit, die sich ohne Umschweife an den Werten einer aktivischen Sozialpolitik richtet. Die vielfach innerhalb der Profession bis heute präsente Vorstellung, Sozialarbeitende hätte zwei Auftraggeber, die KlientenInnen mit ihren Lebenslagen, Bedürfnissen und Wünschen sowie den öffentlichen beziehungsweise privaten Träger, der ein Hilfeangebot zur Bearbeitung von Schwierigkeiten und Auffälligkeiten organisiert und zugleich finanziert, ist seiner Ansicht nach hinfällig.[172]

Aber eine Parteilichkeit einer Sozialen Arbeit für die in dieser Gesellschaft zu kurz gekommenen, so hält Seithe dagegen, kann es in dieser Logik schon allein deshalb nicht geben, weil sie soziale Benachteiligung schon von vornherein ausblendet.[173] Sie bemerkt, dass der aktivierende Sozialstaat sich grundsätzlich durch die Individualisierung gesellschaftlicher Probleme von jeder Verantwortung für benachteiligte Lebenslagen und mangelhafte Ressourcenausstattung von Menschen freisprechen möchte.[174] Die wissenschaftliche Fundierung und Erklärung einer Problemsituation ist unter den Voraussetzungen eines ökonomisierten Paradigmas Sozialer Arbeit, das nach dem unmittelbaren subjektiven Nutzen fragt, komplizierend, zeitraubend, darum tendenziell überflüssig, wie Silvia Staub-Bernasconi daran anschließend bemängelt.[175] *„Wenn der Markt [...], entscheidet', braucht es keine komplexen Diagnosen, keine Überlegungen und Fragen nach Problemverursachungen."*[176] Auf diese Weise lässt sich effizienter mit kurzen Zeiten und methodischen Schnellverfahren arbeiten, was zu einer Sozialen Arbeit auf „Fast-Food-Niveau" führen würde, und die nicht nach Ursachen gescheiteter Biographien

[170] vgl. Lutz: 2008, S.2
[171] Lutz: 2008, S.3
[172] vgl. Lutz: 2008, S.3
[173] vgl. Seithe: 2012, S.329
[174] vgl. Seithe: 2012, S.319
[175] vgl. Staub-Bernasconi: 2007, S.32
[176] Staub-Bernasconi: 2007, S.32

fragen müsste.[177]

Durch die Aufhebung der "Dichotomie" von Hilfe und Kontrolle verspricht sich Lutz eine Soziale Arbeit, die *„nicht mehr kontrollierend und diskriminierend, sondern anbietend, beratend, unterstützend und aktivierend wirken“*[178] soll. In diesem Professionalisierungsmuster ist das nicht viel mehr als ein frommer Wunsch. Denn es beinhaltet sogar explizit auch Kontrolle, Repression und Ausschließung, wie Tilman Lutz entgegnet. Seiner Einschätzung nach besteht die neue Funktion und Aufgabe der Sozialen Arbeit darin, Personen und Gruppen nach dem Imperativ der Selbstsorge, dem Mangel an Eigenaktivität einzustufen und zu pathologisieren und die Interventionen dementsprechend auszurichten.[179] Man könnte diesbezüglich auch und nicht zu unrecht von einer *„Zwei-Klassen-Sozialarbeit“*[180] sprechen:
„Zum einen eine professionelle, individuelle Beratung und Betreuung auf einer sozialwirtschaftlichen Basis, die jene Förderung und Unterstützung bietet, die zur Erreichung des Ziels der Hilfe, zur adäquaten Umsetzung des Hilfeplans, notwendig sind - hier wird die Autonomie des Subjektes gefördert; zum anderen eine Grundversorgung über Suppenküchen, Tafeln, Kleiderkammern, Almosen und kommunale Notunterkünfte, die im Wesentlichen ehrenamtlich oder auf einem eher niedrigen professionellen Niveau organisiert und angeboten wird und lediglich auf Versorgung und Linderung, kaum auf Aktivierung und Integration zielt.“[181]
Vor diesem Hintergrund wird die gesellschaftliche Funktion Sozialer Arbeit deutlicher, wie Ronald Lutz aufzeigt, die sich im Kontext der Neujustierung des Sozialen herauszubilden scheint. Da wäre Aktivierung und Training der Fähigen und „Erfolgversprechenden“ auf der einen Seite, und Versorgung, Verwaltung und Kontrolle derjenigen, die zur Aktivierung nicht mehr geeignet erscheinen, auf der anderen.[182] Dies biete die Möglichkeit, dass sich Soziale Arbeit von ihrem *"Arme-Leute-Geruch"*[183] befreit, und diesen tendenziell unprofitablen Bereich verstärkt dem Ehrenamt überlässt, wie er dieser Zweiteilung sogar noch etwas Positives abgewinnen kann. Man wird aber den Eindruck nicht los, dass hier zwischen

[177] vgl. Staub-Bernasconi: 2007, S.32
[178] Lutz: 2008, S.3
[179] vgl. T. Lutz: 2011, S.179
[180] Lutz: 2008, S.5
[181] Lutz: 2008, S.5
[182] vgl. Lutz: 2008, S.5
[183] Lutz: 2008, S.5

„hilfswürdigen und nicht-hilfswürdigen“[184] Bevölkerungsgruppen unterschieden beziehungsweise eine Grenze zwischen Verachteten und Respektierten in der Gesellschaft gezogen werden soll.[185] Auf diese Weise kann Soziale Arbeit im Windschatten des aktivierenden Sozialstaats gar nicht anders, als selber zur Verfestigung, Ausweitung und zur weiteren Entstehung sozialer Ungleichheit beizutragen, so Seithe. So wie sie hier involviert oder selber aktiv am Prozess beteiligt ist, übernimmt die Soziale Arbeit Aufgaben der Diskriminierung, der Selektion und der Ausschließung von Menschen.[186] Albert Scherr spricht in Anbetracht des letztgenannten Punktes auch von einer soziologischen Funktionsbestimmung der Sozialen Arbeit als Exklusionsverwaltung, das heißt, sie ist aufgefordert, sich als ein Element der Reproduktion des Lebenszusammenhanges der dauerhaft Ausgeschlossenen zu bestimmen.[187] Damit wären in der Konsequenz auch sozialarbeiterische Ambitionen auf ein „besseres Leben“ für die Betroffenen und unter Berücksichtigung dahinsiechender Spielräume dauerhaft auf Eis gelegt. Soziale Arbeit hätte dann lediglich die Aufgabe, *„Reservate des Misslingens“*[188] zu betreuen und aufrecht zu erhalten.

Ein Vergleich aktueller Aktivierungspolitiken im Zuge der wohlfahrtsstaatlichen Reformierung lässt ein einheitliches Grundmuster erkennen, und zwar werden die sozialpolitischen Instrumente der Fürsorge schrittweise um Härteklauseln erweitert und arbeitsmarktpolitischen Kriterien untergeordnet. Daran anlehnend ist Aktivierungspolitik eher verhaltens- als verhältnisorientiert und betont im besonderen Maße die Eigenverantwortung von BürgerInnen und Gesellschaft, wie Hans-Jürgen Dahme und Norbert Wohlfahrt rekonstruieren. Soziale Arbeit bekommt in diesem Kontext wieder stärker eine kontrollierende und repressive Funktion, insbesondere dann wenn ihre Professionellen dazu angehalten werden, Regeln und Normen des Arbeitsmarktes erst einmal in Trainingsprogrammen oder im Niedriglohnsektor zu simulieren. Die Entwicklung und Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen erscheint damit als methodisches Prinzip der Beeinflussung und Veränderung defizitärer Persönlichkeitsstrukturen. Denn es wird konsequenterweise unterstellt, dass eben

[184] Thatcher: 1995, S.632
[185] vgl. Seithe: 2012, S.288
[186] vgl. Seithe: 2012, S.292
[187] vgl. Scherr: 1999, S.53
[188] Galuske: 2008, S.24

diese auch die Ursachen für dauerhafte soziale Ausgrenzungen seien.[189]

Lutz fordert die Soziale Arbeit dazu auf, sich noch stärker als Dienstleisterin zu begreifen und die Aktivierung und Selbstorganisation ihrer Klientel voranzutreiben, damit sie den Spagat zwischen ihrem ethischen Selbstverständnis und den aktuellen politischen und ökonomischen Anforderungen bewältigen kann.[190] Idealerweise stellen sich Ökonomen eine Marktsituation so vor, dass eine KäuferIn mit einem bestimmten Bedarf auf eine Palette Anbietern trifft, die der KäuferIn nach Preis und Qualität unterschiedliche Angebote offeriert, ergänzt Galuske.[191] Dementsprechend klingt eine hieran verortete Soziale Arbeit wie ein unbeschwertes „Shopping-Erlebnis“: *„So lässt sich beispielsweise eine wachsende Bedeutung persönlicher Budgets erkennen, womit vor allem eine Stärkung der Autonomie der Klienten einhergeht. Diese erhalten definierte Mittel, mit denen sie sich auf dem ‚Markt der Hilfen’ jene Unterstützung ‚kaufen’ können, die sie benötigen. Mit dem persönlichen Budget wird der ‚Fall’ endgültig zum ‚Kunden’, der sich sein ‚Hilfe-Menu’ selbst zusammenstellt. In allen Analysen wird immer wieder betont, dass dies die Verantwortung und die Eigengestaltung der Lebensführung befördere und Menschen unabhängiger von organisierter Hilfe mache.“*[192]

Diesem Idealmodell des Marktes wird aber der soziale Dienstleistungssektor wenn überhaupt nur sehr unzureichend gerecht. Zum einen existieren viele Angebote nur deshalb, weil die KlientenInnen eben nicht über entsprechende Mittel und Möglichkeiten verfügen, ihre Probleme selbst in den Griff zu bekommen, wie Schuldnerberatung oder die Obdachlosenhilfe offensichtlich belegen. Andere öffentliche Angebote entspringen zudem eher den Ordnungsinteressen von Gesellschaft und Öffentlichkeit, aber bestimmt nicht den Bedürfnissen der deklarierten „Kundschaft“. So verstehen sich jugendliche StraftäterInnen, die von der Jugendgerichtshilfe aufgesucht werden genauso wenig als Kunde wie Hartz-IV-Beziehende, deren Wohn-, Besitz- und Beziehungsverhältnisse auf den Prüfstand gestellt werden. Wer vor diesem Hintergrund die KlientIn oder NutzerIn zur KundIn sprachlich upgradet, verschleiert den komplexen politischen Aushandlungsprozess, der sich hinter der Anerkennung von Bedarfslagen, der Institutionalisierung von

[189] Dahme/Wohlfahrt: 2007, S.91,93
[190] vgl. Lutz: 2008, S.1
[191] vgl. Galuske: 2008, S.21
[192] Lutz: 2008, S.4

Hilfeangeboten und nicht zuletzt ihrer Nutzung durch Betroffene verbirgt, wie Galuske kritisiert.[193] Demgemäß bleibt von der Kundenorientierung nicht viel mehr übrig als eine zuvorkommende Behandlung.[194]

Zum anderen sind Ergebnisse einer sozialarbeiterischen Intervention nie allein der Qualität der Angebote zuzuschreiben. Verweigert bei einer personenbezogene Dienstleistung die AdressatIn als „Co-ProduzentIn" mitunter die Mitarbeit, weil sie eventuell keinen Sinn darin erkennen kann, so scheitert jedes noch so durchdachte Konzept einer erwünschten Verhaltensänderung.[195]

Grundsätzlich muss in Frage gestellt werden, in wie weit die fortschreitende Effizienzkultur des flexiblen Kapitalismus auf die Soziale Arbeit übertragbar ist. Sennett problematisiert den Mangel an Loyalität und Verbindlichkeit in der modernen, auf Kurzfristigkeit angelegten Arbeitswelt, die auf lange Sicht jedes Handeln desorientiert, und Bindungen von Vertrauen und Verpflichtung untergräbt.[196] Die Entwicklung von tragfähigen und vertrauensvollen Beziehungen macht aber den Kern einer gelungenen sozialpädagogischen Unterstützung aus, die sich damit vom Wesen der Warenproduktion gravierend unterscheidet, wie Galuske hervorhebt. Soziale Arbeit ist nicht plan- und kontrollierbar, wie ein technischer Ablauf.[197] Vertrauen benötigt Offenheit für Unvorhersehbares und die Akzeptanz der Zeittakte des Anderen.[198] *„Bildung im Sinne der Förderung der Subjekte zu je eigener Kraft und Selbstständigkeit kann nur erreicht werden, wenn Umwege möglich sind und Zeit verwendet werden darf. Vielleicht können wir effizient Wissen vermitteln, effiziente Bildung kann man nicht nur nicht vermitteln, sie ist ein Widerspruch an sich,"*[199] fügt er hinzu.

Aus aktivierungspolitischer Sicht wird gerne argumentiert, dass die Soziale Arbeit, die sich dann durch eine Ökonomisierung zunehmend dem Konkurrenzverhältnis stellt, generell aufgewertet würde, weil sie dann daran bemessen wird, was sie leistet.[200] Neben der nachvollziehbaren und durchaus sinnvollen Herausforderung, die eigene

[193] vgl. Galuske: 2008, S.21
[194] vgl. Staub-Bernasconi: 2007, S. 36
[195] vgl. Galuske: 2008, S.22
[196] vgl. Sennett: 2010, S.31, 38
[197] vgl. Seithe: 2012, S.392
[198] vgl. Galuske: 2008, S.22
[199] Galuske: 2008, S.23
[200] vgl. Lutz: 2008, S.3

Arbeit fundiert zu evaluieren, bringt diese Neuorientierung auch zweifelhafte Folgen mit sich, und zwar dann, wenn die Ökonomie von ihrer bisherigen Rolle als Bezugswissenschaft zur Leitwissenschaft der Sozialen Arbeit befördert wird.[201] Die Folgen und Gefahren für die Träger und Professionellen sind schon längst in allen Arbeitsfeldern spürbar, wie Galuske verrät. Da kein Träger mit Sicherheit abschätzen kann, ob er in naher Zukunft im Preiswettbewerb noch mithalten kann, wird Festanstellung die Ausnahme, befristete Beschäftigung, Projektverträge, erzwungene Selbständigkeit und schlecht bis gar nicht bezahlte Praktika oder gar der Einsatz von 1-Euro-Kräften, um sich Kostenvorteile zu verschaffen, die Regel und eine Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und Lohndumping durch „Out-sourcing" von Tätigkeitsfeldern zunehmend alltäglicher.[202] Da in der Praxis der Sozialen Arbeit die Personalkosten den Großteil der Gesamtkosten darstellen, wird in ihnen auch das größte Sparpotenzial gesehen, wie Ulrike Eichinger bekräftigt. Anhand des Datenmaterials ihrer qualitativ-empirischen Untersuchungen lässt sich sagen, dass infolge dessen und aus der Beschäftigtenperspektive Veränderungen in der Personalstruktur wahrgenommen werden, die vor allem durch einen Mangel an professionellem Personal bei gleichzeitigem Bedeutungszuwachs von Laien oder Semi-Professionellen gekennzeichnet sind.[203]

Ferner artikulieren die Befragten mit Blick auf ihren Arbeitsalltag in der Sozialen Arbeit, dass sie sich im Spannungsfeld von wirtschaftlichem Denken, fachlichen Einschätzungen sowie ihren Ansprüchen auf einem schmalen Grat bewegen. Es wurden Befürchtungen geäußert, dass wirtschaftliche Zwänge pädagogische Entscheidungen wesentlich beeinflussen könnten.[204] *„Die zentrale Herausforderung im Kontext des Wandels besteht für alle Beschäftigten darin, Bewältigungsweisen zu entwickeln, die sowohl dem Einrichtungserhalt als auch der persönlichen Existenzsicherung dienen sowie der fachlich-ethischen Verantwortung Rechnung tragen – drei Bestrebungen, die zunehmend zueinander in Konflikt geraten können,"*[205] gibt Eichinger in ihrer Studie zu erkennen. Dass dieser Drahtseilakt gründlich misslingen und zu katastrophalen Folgen führen kann, belegt der Bremer Untersuchungsbericht im „Fall Kevin". Hintergrund ist Tod des zweijährigen Kevin K.,

[201] vgl. Spatscheck: 2007, S.53
[202] vgl. Galuske: 2008, S.23
[203] vgl. Eichinger: 2009, S.122
[204] vgl. Eichinger: 2009, S.120
[205] Eichinger: 2009, S.209

dessen Leiche im Jahre 2006 in der Wohnung seines (Zieh-) Vaters aufgefunden wurde, als er von Mitarbeitern des Amtes in Obhut genommen werden sollte.[206] Gegenstand des Untersuchungsauftrages war auch die Frage, welche Auswirkungen ein verstärkter Markt- und Wettbewerbsdruck und Managementkonzepte aus dem Privatsektor übertragen auf staatliche Behörden, hier der Jugendhilfebereich, haben.[207] Sämtliche ZeugInnen gaben zu Protokoll, dass das Thema der Kosten zunehmend an Bedeutung gewonnen habe. Durch die verpflichtende Einführung verschiedener Formulare, die allein der Kostenerfassung gedient hätten, so heißt es im Bericht weiter, habe sich der bürokratische Aufwand erheblich erhöht. Auch durch die regelmäßigen Controllinggespräche mit den führenden Köpfen der Sozialzentren, in denen Rechenschaft abgelegt werden musste über Zielzahlüberschreitungen im allgemeinen, häufig aber auch in Bezugnahme auf konkrete Maßnahmen in Einzelfällen, sei eine Atmosphäre von Angst und Druck entstanden, die sich von den SozialzentrumsleiterInnen auch auf die CasemanagerInnen übertragen hätten. Mehrere ZeugenInnen sagten indes aus, in den Controllinggesprächen seien ihnen Zielzahlüberschreitungen wie persönliches Versagen vorgehalten worden. Fachliche Fragen hätten in den ersten Jahren sogar kaum eine Rolle gespielt. Selbst MitarbeiterInnen aus Sozialzentren, die durchweg gute Zahlen präsentieren konnten, haben verlautbart, dass in Controllinggesprächen zeitweise ein unangemessen heftiger und vorwurfsvoller Ton geherrscht habe. Besonders tragisch ist hierbei die Aussage der befragten CasemanagerInnen, wonach das Thema Kosten insbesondere dann eine sehr große Rolle gespielt hat, wenn es um Fremdplatzierungen ging.[208]

Das zurückliegende Beispiel stellt sicherlich ein Extremfall dar. Dennoch, eine solche Haltung, Fälle als betriebswirtschaftliche Steuerungsgrößen zu betrachten und sie deswegen unbedingt halten zu wollen, birgt hohe Risiken. Sie befördert eine Praxis, Kinder in Lebensumständen zu lassen, die ihr Wohlergehen gefährden, statt sie etwa Heimen zu überantworten, wie Jan Pehrke diesen und ähnliche Vorfälle bewertet.[209] Eichingers Befragung berichtet von weiteren Streckübungen. Bei der Bearbeitung

[206] vgl. Bericht UA „Kindeswohl“: 2007, S.15
[207] vgl. Bericht UA „Kindeswohl“: 2007, S.297 (im Original ist die Rede vom „Neuen Steuerungsmodell“, vgl. hierzu ausführlicher Oschmiansky: 2010, S.1)
[208] Bericht UA „Kindeswohl“: 2007, S.298
[209] vgl. Pehrke: 2012

eines Hilfeplans gelte es, die *"optimale Prozessgeschwindigkeit"*[210] zu erreichen, gestand einer der Interviewten. Weder zu schnell noch zu langsam dürfe es gehen mit der Weiterentwicklung der KlientenIn, denn sobald eine Maßnahme beendet ist, muss zeitnah und erfolgreich Fallakquise betrieben werden, da ansonsten Finanzierungslücken entstehen würden.[211] *„Klientenversorgung ist das Produkt, das den wirtschaftlichen Erfolg sichert,"*[212] wie Lutz erinnert. Erfolg und Misserfolg aber bedrohen so gesehen und paradoxerweise gleichermaßen den Fortbestand der Maßnahme.[213]
Was näher betrachtet rational und unter ökonomischen Gesichtspunkten nachvollziehbar zu erklären ist, erweist sich mit Abstand und aus einem professionellen Verständnis heraus als völlig absurd. Nach Einschätzung von Wolfgang Hinte, Professor für Sozialarbeitswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen, sind solche Auswüchse keine Seltenheit. So spielen zahlreiche Anbieter auf Verlängerung, wie er schildert.[214]

Die Mutmaßung, wonach die Soziale Arbeit unter aktivierungspolitischen Vorzeichen und durch eine zunehmende Ökonomisierung aufgewertet würde, ist jedenfalls bei weitem kein Automatismus. Letztlich kann auch die von Ronald Lutz erhoffte Auflösung des Doppelmandats sogar in eine weitaus komplexere Aufgabenstellung münden. Die Schilderungen aus der Praxis verdeutlichen, dass man sich eher mit einer zusätzlichen Direktive konfrontiert sieht. Ein Professionalisierungsmuster der Sozialen Arbeit, das vor allem einer repressiven Aktivierung skeptisch gegenübersteht, muss sich zwangsläufig und verstärkt auch mit fachlich-ethischen Fragen auseinandersetzen - wie auch Eichingers Interviewte immer wieder durchblicken lassen.[215] Zu ähnlichen Anschauungsweisen kommt auch Staub-Bernasconi, die neben der Verpflichtung gegenüber den AdressatInnen Sozialer Arbeit und dem Träger als Repräsentant der Gesellschaft ein zusätzliches drittes Mandat ausmacht, das sich der Profession als solche gegenüber verpflichtet fühlt. In ihrem Tripelmandat geht es, neben den Bezug auf wissenschaftliche Methoden, vorrangig um eine Orientierung am (inter)nationalen Berufskodex der

[210] Eichinger: 2009, S.111
[211] vgl. Eichinger: 2009, S.111
[212] Lutz: 2008, S.3
[213] vgl. Pehrke: 2012
[214] vgl. Hinte, zit. in: Pehrke: 2012
[215] vgl. Eichinger: 2009, S.121, 178

Sozialarbeitenden, der auch die Verpflichtung zur Einhaltung und Durchsetzung der Menschenrechte enthält.[216] Dies ist vor allem deswegen vorteilhaft und notwendig, weil es eine Theoriebildung über Mensch und Gesellschaft ermöglicht, die sich nicht nach dem aktuellen politischen und ökonomischen Wind richtet.[217] Letztlich geht es darum, gegen die verdeckte Steuerungslogik einer *„sozialtechnologisch durchgestylten Fachlichkeit"*[218] vorzugehen beziehungsweise sich nicht (zu sehr) von ihr kontrollieren zu lassen. Das oberste Gebot der Soziale Arbeit muss es daher sein, dass sie sich ihre kritische Reflexivität bewahrt.[219] Gerade angesichts der modischen Vieldeutigkeit von Begriffen, Leitformeln und Konzepten ist deshalb fachliche Wachsamkeit das einzig erfolgsversprechende Gegengift, wie Galuske konstatiert.[220] Eine andere Herangehensweise, die Seithe ins Spiel bringt, ist die Forderung nach einer demokratischen, vom Staat und den Trägern unabhängigen Instanz. Diese könnte die Soziale Arbeit als wissenschaftlich geleitete Profession behüten, damit sie nicht willkürlich wirtschaftlichen und ideologischen Interessen ausgesetzt wird, und die andererseits Menschen davor beschützt, durch fachlich unangemessene oder unqualifizierte Soziale Arbeit geschädigt zu werden.[221] Entsprechende Vorstöße sind bereits in der „Heidelberger Erklärung" vom Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit zu Papier gebracht worden. Als Berufsverband nimmt er dabei eine Position ein, die nicht von politischem oder hochschulpolitischem Kalkül oder von Trägerinteressen geleitet ist, sondern die berufliche Entwicklung als Ganzes in den Blick nimmt.[222] Diese und weitere Ansätze im Spannungsfeld einer professionellen Modernisierung bieten für die Soziale Arbeit eine Perspektive, ihre fachliche Zielsetzung auch in neoliberalen Kontexten weiter zu erhalten, wie Christian Spatscheck zustimmt. Um konkrete Wirkungen zu erreichen, müssen diese jedoch durch aktives und entschiedenes Handeln in Praxis und Theoriebildung umgesetzt und weiter entwickelt werden.[223]

[216] vgl. Staub-Bernasconi: 2007, S. 36
[217] vgl. Seithe: 2012, S.393
[218] Böhnisch/Schröer: 2011, S.155
[219] vgl. Böhnisch/Schröer: 2011, S.155
[220] vgl. Gasluske: 2004, S.17
[221] vgl. Seithe: 2012, S.394
[222] vgl. DBSH: 2012, S.4
[223] vgl. Spatscheck: 2007, S.62

5) Fazit

Die zurückliegenden Ausführungen über den aktivierungspolitischen Wandel des Sozialstaats verdeutlichen, dass sich im Schlepptau und in der Rechtfertigungsordnung des neuen, flexiblen Kapitalismus ein allumfassendes, moralisierendes Prinzip etabliert hat.
Mit der Aktivierung, die vom kollektiven Schutz der Sozialversicherung zur mehr Eigenverantwortung drängt, entpuppt sich ein neues sozialstaatliches Relationierungsmuster, das die Subjekte gleichsam und ohne Unterlass mit sich selbst und mit dem Gemeinnutz in Beziehung setzt. Es zielt auf eine präventive Lebensführung, in der unter allen Umständen vermieden werden soll, dem Fiskus zur Last zu fallen beziehungsweise von staatlichen Transferleistungen Gebrauch zu machen. Diese stehen nämlich in Verruf, eine Abhängigkeitskultur zu fördern, anstatt Arbeitsbereitschaft und -fähigkeit herzustellen. Aktivierende Politik, das wird hierbei recht deutlich, ist vor allem die moralisierende Delegitimierung erwerbsloser Lebensweisen, auf denen man nicht selten mit bevormundenden oder disziplinierenden („verhaltensbeeinflussenden“) Maßnahmen antwortet. Der aktivierende Sozialstaat bemüht sich demgemäß, die Anspruchshaltung durch das Gegenleistungsprinzip zu ersetzen.
Fast niemand bleibt von der Aktivierung verschont. Auf ähnliche Weise wie sie Arbeitslose in die Aufnahme einer Beschäftigung treibt, so versucht sie, Alte von ihren Ruhestand fernzuhalten, Hausfrauen erwerbstätig oder Kleinkinder pisakompatibel zu machen. Die ökonomische Mobilisierung gesellschaftlicher Produktivitätspotentiale ist Ausdruck einer überschwänglichen Optimierungskultur, in der nahezu alle Lebensäußerungen maximiert, perfektioniert oder kommerzialisiert werden können und sollen. Aktivierung - und das ist ihr Erfolgsrezept - ist eine politisch kaum umstrittene, weil oft auch nebulöse Programmatik. Sie schafft es, den individuellen Wunsch nach Teilnahme am gesellschaftlichen Leben mit der institutionellen Erwünschtheit derselben funktional zu vereinen.

Die zurückliegenden Kapitel veranschaulichen ebenso, dass die Aktivierungspolitik nicht spurlos an der Sozialen Arbeit vorbeigegangen ist. Sie findet sogar direkte Anschlüsse an sozialarbeiterisches Vokabular, deutet dieses zumeist aber so subversiv wie diskret um, dass fachfremde Richtungsvorgaben entstehen können.

Die Ökonomie wird dabei oft von ihrer bisherigen Rolle vom Bezugspunkt zum Leitprinzip erhoben. In diesem Zusammenhang erscheint dann alles, was wirtschaftlich ist, als rational und daher vernünftig. Eine solche aktivisch-affirmative Sozialarbeit ist potenziell der Gefahr ausgesetzt, ihre professionellen, primär sachzielorientierten Grundüberzeugungen aus den Augen zu verlieren. Sie scheint fernerhin nicht sensibel genug für Probleme der KlientInnen zu sein, die auch zum Teil mit prekärer Sozialisation und verfehlter Sozialpolitik zu kämpfen haben.

Bezogen auf die oben ausgeführten Handlungsoptionen, schließe ich mich der Meinung an, dass Soziale Arbeit weiterhin reflektiert und wachsam sein muss, um nicht einseitig, aktivierungspolitisch vereinnahmt zu werden. Ansonsten droht ihr mit ziemlicher Gewissheit das Schicksal, sukzessiv die ursprünglichen, professionellen Überzeugungen zu riskieren. Gemessen an dem, was von Aktivierungsbefürwortern argumentativ in die Waagschale geworfen wird, hat Soziale Arbeit allen Grund, skeptisch zu sein. Vieles in diesem Zusammenhang ist bisweilen arg widersprüchlich, phrasenhaft oder gehaltlos. Die Behauptung nämlich, wonach die Soziale Arbeit beispielsweise durch eine zunehmende Ökonomisierung generell aufgewertet würde, fehlt es an empirischer Nachweisbarkeit. So ein Scheinargument ist dann oft nicht viel mehr als eine versteckte und ideologisch angehauchte Forderung, um Sparzwänge durchzusetzen. Grundsätzlich ist an einer überschaubaren Gewinnorientierung nichts auszusetzen, solange es ethischen Maßstäben nicht in die Quere kommt, und sich nicht nachteilig für die Klientel und die Beschäftigten auswirkt. Letztlich bleibt Fachlichkeit das Herzstück, worauf Soziale Arbeit energisch und öffentlichkeitswirksam bestehen und worüber sie ständig Rechenschaft ablegen muss, um als Profession eine glaubhafte Daseinsberechtigung führen zu dürfen.

Literaturverzeichnis

Bauman, Zygmunt:
Flüchtige Moderne, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 2003
Flüchtige Zeiten / Leben in der Ungewissheit, Hamburger Edition, Hamburg, 2008
Wir Lebenskünstler, Suhrkamp, Berlin, 2010

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft / Auf dem Weg in eine andere Moderne, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1986

Böhnisch, Lothar; Schefold, Werner: Lebensbewältigung / Soziale und pädagogische Verständigungen an den Grenzen der Wohlfahrtsgesellschaft, Juventa Verlag, Weinheim und München, 1985

Böhnisch, Lothar; Schröer, Wolfgang:
Pädagogik und Arbeitsgesellschaft / Historische Grundlagen und theoretische Ansätze für eine sozialpolitisch reflexive Pädagogik, Juventa Verlag, Weinheim und München, 2001
Blindflüge / Versuch über die Zukunft der Sozialen Arbeit, Juventa Verlag, Weinheim und München, 2011
Sozialpolitik und Soziale Arbeit / Eine Einführung, Beltz Juventa, Weinheim und Basel, 2012
Die Zukunft der Sozialen Arbeit im Lichte ihrer Paradoxien, in: Sozialmagazin 1-2/2013, Beltz Juventa, Weihnheim, 2013

Bröckling, Ulrich: Das unternehmerische Selbst / Soziologie einer Subjektivierungsform, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 2007

Castel, Robert: Die Krise der Arbeit / Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburger Edition, Hamburg, 2011

Dahme, Heinz-Jürgen; Wohlfahrt, Norbert: Aktivierungspolitik und der Umbau des Sozialstaats, in: Dahme, Heinz-Jürgen; Otto, Hans-Uwe; Trube, Achim; Wohlfahrt, Norbert (Hg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Leske + Budrich, Opladen, 2007

Eichinger, Ulrike: Zwischen Anpassung und Ausstieg / Perspektiven von Beschäftigten im Kontext der Neuordnung sozialer Arbeit, VS Verlag, Wiesbaden, 2009

Foucault, Michel: Die Geburt der Biopolitik / Geschichte der Gouvernementalität II, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 2006

Galuske, Michael: Fürsorgliche Aktivierung - Anmerkungen zu Gegenwart und Zukunft Sozialer Arbeit im aktivierenden Staat, in: Bütow, Birgit; Chassé, Karl August; Hirt, Rainer (Hg.): Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert / Positionsbestimmungen Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat, Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, 2008

Giddens, Anthony:
Jenseits von Links und Rechts / Die Zukunft radikaler Demokratie, 2. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1997
Der dritte Weg / Die Erneuerung der Sozialdemokratie, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1999

Herriger, Norbert: Empowerment in der Sozialen Arbeit / Eine Einführung, 4. Auflage, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 2010

Hickel, Rudolf: Jobwunder im perspektivlosen Niedriglohnsektor / Die makroökonomischen Folgen, in: Baumeister, Hella; Gransee, Ulrich; Zimmermann, Klaus-Dieter (Hg.): Die Hartz-„Reformen“ / Die Folgen von Hartz I-IV für ArbeitnehmerInnen, VSA-Verlag, Hamburg, 2005

Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat / Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, 2. Auflage, Ed. ID-Archiv, Berlin, 1996

Keupp, Heinrich; Rerrich, Dodó (Hg.): Psychosoziale Praxis – gemeindepsychologische Perspektiven / Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen, Urban & Schwarzenberg, München-Wien-Baltimore, 1982

Kurz, Robert: Schwarzbuch Kapitalismus / Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft, Erw. Neuausgabe, Eichborn, Frankfurt a.M., 2009

Lemke, Thomas: Eine Kritik der politischen Vernunft / Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, Argument Verlag, Hamburg, 1997

Lutz, Tilman: Soziale Arbeit im aktivierenden Staat / Kontinuitäten, Brüche und Modernisierungen am Beispiel der Professionalisierung, in: Widersprüche, Heft 119/120, 31. Jg., Nr.1/2, Verlag Westfälisches Dampfboot, 2011

Lessenich, Stephan: Die Neuerfindung des Sozialen / Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, transcript Verlag, Bielefeld, 2008

Nahnsen, Ingeborg: Bemerkungen zum Begriff und zur Geschichte des Arbeitsschutzes, in: Osterland, Martin (Hg.): Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential / Festschrift für Max E. Graf zu Solms-Roedelheim, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M. - Köln, 1975

Ritzer, George: Die McDonaldisierung der Gesellschaft, Fischer Verlag, Frankfurt a.M., 1995

Rosa, Hartmut: Beschleunigung / Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, 9. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 2012

Scherr, Albert: Inklusion/Exklusion - soziale Ausgrenzung, in: Treptow, Rainer; Hörster, Reihnardt (Hg.): Sozialpädagogische Integration / Entwicklungsperspektiven und Konfliktlinien, Juventa Verlag, Weihneim und München, 1999

Seithe, Mechthild: Schwarzbuch Soziale Arbeit, 2. Auflage, VS Verlag, Wiesbaden, 2012

Schulze-Böing, Matthias: Leitbild „aktivierende Stadt“ / Konzepte zur aktivierenden Sozialpolitik und Arbeitsförderung auf kommunaler Ebene, in: Mezger, Erika; West, Klaus-W. (Hg.): Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln, 2. Auflage, Schüren-Verlag, Marburg, 2000

Sennett, Richard: Der flexible Mensch, Die Kultur des neuen Kapitalismus, 7. Auflage, Berliner Taschenbuchverlag, Berlin, 2010

Spät, Patrick: Und, was machst du so? / Fröhliche Streitschrift gegen den Arbeitsfetisch, Rotpunktverlag, Zürich, 2014

Spatscheck, Christian: Die neoliberale Herausforderung / Fachliche Perspektiven für die Soziale Arbeit, in: Knopp, Reinhold; Münch, Thomas (Hg.): Zurück zur Armutspolizey? / Soziale Arbeit zwischen Hilfe und Kontrolle, Frank & Timme, Berlin, 2007

Staub-Bernsaconi, Silvia: Soziale Arbeit: Dienstleistung oder Menschenrechtsprofession? / Zum Selbstverständnis Sozialer Arbeit in Deutschland mit einem Seitenblick auf die internationale Diskussionslandschaft, in: Lob-Hüdepohl, Andreas; Lesch, Walter (Hg.): Ethik Sozialer Arbeit / Ein Handbuch: Einführung in die Ethik der Sozialen Arbeit, UTB, Schöningh, 2007

Stelzer-Orthofer, Christine: Aktivierung und soziale Kontrolle, in: Bakic, Josef et al.: Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit / Ein kritisches Handbuch, Band 1, Löcker, Wien, 2013

Thatcher, Margaret: Die Erinnerungen / 1925 – 1979, Econ, Düsseldorf, 1995

Wustmann, Corina: Resilienz / Widerstandsfähigkeit von Kindern in Tageseinrichtungen fördern, Cornelsen Verlag, Berlin-Düsseldorf-Mannheim, 2004

Internetquellen

Becker, Lisa: Die Aufstiegsangst der Arbeiterkinder, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung / Wirtschaft, Frankfurt a.M., 2014
http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/die-aufstiegsangst-der-arbeiterkinder-trotz-bafoeg-sind-sie-an-unis-unterrepraesentiert-13192737.html
Zugriff: 15. Dezember 2014

Bericht des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von mutmaßlichen Vernachlässigungen der Amtsvormundschaft und Kindeswohlsicherung durch das Amt für Soziale Dienste, Bremische Bürgerschaft, Drucksache 16/1381, 2007
http://www.soziales.bremen.de/sixcms/media.php/13/Drs_16-1381_Bericht%20des%20Untersuchungsausschusses_PUA_AbschlussberichtKindeswohl_2007-04-18.pdf
Zugriff: 28. Dezember 2014

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
Das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012, Berlin, 2012
http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/freiwilliges-engagement,did%3D176354.html
Zugriff: 2. Dezember 2014
Maßnahme "Bildung in der zweiten Lebenshälfte", Berlin, 2011
http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/aeltere-menschen,did=174240.html
Zugriff: 2. Dezember 2014

Buestrich, Michael ; Wohlfahrt, Norbert: Die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 12-13/2008), Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2008
http://www.bpb.de/apuz/31339/die-oekonomisierung-der-sozialen-arbeit?p=all#fr-footnodeid_7
Zugriff: 29. Dezember 2014

Butterwegge, Christoph: Zehn Jahre Arbeitsmarktreformen / Hartz IV gleicht einer Sklavenhalterideologie, Interview mit Niklas Dummer, in: WirtschaftsWoche Online, Handelsblatt GmbH, Düsseldorf, 2014
http://www.wiwo.de/politik/deutschland/zehn-jahre-arbeitsmarktreformen-hartz-iv-gleicht-einer-sklavenhalterideologie/v_detail_tab_print/11006056.html
Zugriff: 29. November 2014

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (Hg.): Heidelberger Erklärung / Berufspolitische Positionen des DBSH, Berlin, 2012
http://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/Heidelberger_24.10.2012_Druckfreigabe3.pdf
Zugriff: 14. Januar 2015

Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag, 5. Auflage, Mannheim: Bibliographisches Institut 2013. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2013
http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20136/monetarismus
Zugriff: 18. November 2014

Esping-Andersen, Gøsta: Herkunft und Lebenschancen / Warum wir eine neue Politik gegen soziale Vererbung brauchen, in: Berliner Republik - Das Debattenmagazin (6/2003) - Das Kinder-Programm, Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft, Berlin, 2003
http://www.b-republik.de/archiv/herkunft-und-lebenschancen
Zugriff: 2. Dezember 2014

Hartz, Peter (u.a.): Bericht der Kommission für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz-Kommission), Teil 1, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin, 2002
http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/hartzbericht-teil1-hartz1.pdf?__blob=publicationFile
Zugriff: 28. November 2014

Hausner, Karl Heinz; Engelhard, Heidemarie; Weber, Enzo: Arbeitsmarkt und öffentliche Haushalte / Kosten der Arbeitslosigkeit nochmals gesunken, in: IAB-Kurzbericht Nr.2, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (Hg.), Nürnberg, 2014
http://doku.iab.de/kurzber/2014/kb0214.pdf
Zugriff: 29. November 2014

Galuske, Michael: Der aktivierende Sozialstaat / Konsequenzen für die Soziale Arbeit, Studientexte aus der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit Dresden (FH), 2004
http://www.ehs-dresden.de/fileadmin/hochschule/Veroeffentlichungen/Studientexte/Studientext_2004-04_Galuske.pdf
Zugriff: 21. November 2014

Grogger, Jeffrey T., zit. in: Pear, Robert; Eckholm, Eric: A Decade After Welfare Overhaul, a Shift in Policy and Perception, in: The New York Times, 2006
http://www.nytimes.com/2006/08/21/washington/21welfare.html?pagewanted=1&fta=y
Zugriff: 22. November 2014

Kommission für Zukunftsfragen Bayern – Sachsen (Hg.), Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Teil 3: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn, 1997
https://www.bayern.de/wp-content/uploads/2014/09/Bericht-der-Kommission-f%C3%BCr-Zukunftsfragen-der-Freistaaten-Bayern-und-Sachsen-Teil-3.pdf
Zugriff: 4. Dezember 2014

Krieger, Friederike: Riester-Rente lohnt sich nicht für jeden, in: Süddeutsche Zeitung, München [Köln], 2013
http://sz.de/1.1722406
Zugriff: 3. Dezember 2014

Kroll, Lars Eric; Lampert, Thomas: Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Gesundheit, in: GBE kompakt 3(1), Hg.: Robert Koch-Institut, Berlin, 2012
http://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsK/2012_1_Arbeitslosigkeit_Gesundheit.pdf;jsessionid=E77826E26F024B84C74F94A4D089B538.2_cid372?__blob=publicationFile
Zugriff: 11. Dezember 2014

Lutz, Ronald: Perspektiven der Sozialen Arbeit, in: Wandel der Sozialen Arbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 12-13/2008), Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2008
http://www.bpb.de/apuz/31335/perspektiven-der-sozialen-arbeit?p=all
Zugriff: 19. Dezember 2014

Neumann, Simone M.: Niedriglohnsektor: Deutschland europaweit Spitzenreiter, in: Armut in einem reichem Land, Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.), Berlin, 2011
http://www.dgb.de/-/w2x
Zugriff: 29. November 2014
Oschmiansky, Frank: Neues Steuerungsmodell und Verwaltungsmodernisierung, Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2010
http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/55048/steuerung-modernisierung?p=all
Zugriff: 28. Dezember 2014

Pehrke, Jan: "Im Grunde ist es fast schon so, als wenn man Autos verkauft" / Die Ökonomisierung der Sozialarbeit schreitet voran, in: Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag, 2012
http://www.heise.de/tp/artikel/36/36736/
Zugriff: 28. Dezember 2014

Schießl, Michaela: Die Zumutung der harten Liebe, in: Spiegel 39/1999, 1999
http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/14839335
Zugriff: 25. November 2014

Schimank, Uwe: Vom "fordistischen" zum "postfordistischen" Kapitalismus, in: Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde, Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2012
http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/137994/vom-fordistischen-zum-postfordistischen-kapitalismus?p=1
Zugriff: 18. November 2014

Schreyer, Söhnke: Die Sozial- und Gesundheitspolitik der Clinton-Administration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 44/2000), Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2002
http://www.bpb.de/apuz/25367/die-sozial-und-gesundheitspolitik-der-clinton-administration?p=6
Zugriff: 22. November 2014

Schröder, Gerhard; Blair, Tony: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten / Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair (London, 8. Juni 1999), Glasnost Archiv, 1999
http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html
Zugriff: 26. November 2014

Schubert, Klaus; Martina Klein: Das Politiklexikon, 5. Auflage, Dietz, Bonn, 2011
http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17702/keynesianismus,
Zugriff: 18. November 2014

Spät, Patrick: Die Hartz-IV-Gesetze sind die Arbeitshäuser des 21. Jahrhunderts, in: Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag, 2014
http://www.heise.de/tp/artikel/42/42717/
Zugriff: 27. November 2014

Stumberger, Rudolf:
Daumenschrauben bringen keine Jobs / Zwangsarbeit als Abschreckung – das Elend der Workfare-Konzepte, in: Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag, 2009
http://www.heise.de/tp/artikel/30/30795/1.html
Zugriff: 21. November 2014
Vom Tod im Jobcenter - wie das Gesetz das soziale Klima veränderte, in: Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag, 2014
http://www.heise.de/tp/artikel/43/43583/1.html
Zugriff: 29. Dezember 2014

Thatcher, Margaret: Interview for Woman's Own ("no such thing as society"), in: Margaret Thatcher Foundation, 1987
http://www.margaretthatcher.org/document/106689
Zugriff: 18. November 2014